

25 Jahre

# stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

104

EUR 5,50

ISSN: 2306-9287

2017  
Herbst

## Weitermachen!

Minoritäre Bewegungen  
Bilanz und Perspektiven

# Sie haben Fragen ...

- an den Bundeskanzler,  
an den Bundesminister für Kunst und Kultur, Verfassung und Medien,  
an die Staatssekretärin für Diversität, Öffentlichen Dienst und Digitalisierung
- zu aktuellen Themen der Regierungspolitik
- zur Europäischen Union
- zur öffentlichen Verwaltung in Österreich
- zum politischen System in Österreich
- zu persönlichen Anliegen
- zu E-Government
- zu Handy-Signatur und Bürgerkarte

## **Bürgerinnen- und Bürgerservice – Service- und Europatelefon**

Servicezeiten: Montag bis Freitag, 8 bis 16 Uhr (werktags)



0800 222 666  
(gebührenfrei aus ganz Österreich)



service@bka.gv.at



Bürgerinnen- und Bürgerservice  
Postanschrift: Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 1, 1010 Wien



+43 1 531 15-204274

Beim Team des Service- und Europatelefons des Bundeskanzleramtes ist Ihr Anliegen in den besten Händen. Sie bekommen umfassende und kompetente Beratung und Information.



## Impressum

**STIMME** ist das vierteljährliche Vereinsblatt der **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten).

Medieninhaberin und Verlegerin:

**Bürgerinitiative Demokratisch Leben,**

Jahnstraße 17, 6020 Innsbruck

Tel.: +43 512 58 67 83

Herausgeberin und Redaktion: **Initiative Minderheiten** (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten | ZVR-Zahl: 393928681) | **Gumpendorfer Straße 15/13, 1060 Wien, Tel.: +43 1 966 90 01 | office@initiative.minderheiten.at | stimme@initiative.minderheiten.at**

Chefredakteurin: **Gamze Ongan**

Redaktionelle Mitarbeit: **Vida Bakondy, Beate Eder-Jordan, mh, Jessica Beer, Cornelia Kogoj, Sabine Schwaighofer, Jana Sommeregger, Gerd Valchars, Vladimir Wakounig**

Kolumnen: **Hakan Gürses, Erwin Riess, Vida Bakondy**

Grafisches Konzept, Artdirektion & Illustrationen: **fazzDesign (Fatih Aydogdu) | fazz@fazz3.net**

Lektorat: **Nikolaus Stenitzer | www.zeichenweise.com**

Herstellung (Repro & Druck):



**Donau Forum Druck Ges.m.b.H.,** Walter-Jurmann-Gasse 9, 1230 Wien | office@dfd.co.at

Lizenznehmer Österreichisches Umweltzeichen.

Verlags- und Erscheinungsort: **Innsbruck | Ver-**

lagspostamt: 6020 Innsbruck

Anzeigen: **Ebru Uzun | office@initiative.minderheiten.at**

Aboservice: **Ebru Uzun | abo@initiative.minderheiten.at**

Jahresabo: **EUR 20,-** Inland, **EUR 30,-** Ausland

(für Vereinsmitglieder kostenlos), Einzelpreis: **EUR 5,50**

Web: **www.initiative.minderheiten.at**

**www.zeitschrift-stimme.at**

**www.facebook.com/zeitschriftstimme**

Namentlich gezeichnete Artikel müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.

**04 | Aushang**  
Kurzmeldungen

**05 | Editorial**  
Gamze Ongan

**06 | Stimmlage** | Angst essen Seele auf  
Hakan Gürses

**08–09 | Neue soziale Bewegungen als minoritäre Bewegungen**  
Hakan Gürses

**10–12 | Feminismus und Geschichte**  
Alexandra Weiss

**13–15 | Aus dem Gefängnis auf die Ringstraße**  
Virginia Hagn und Hannes Sulzenbacher

**16–18 | Groll** | Showdown am Ballhausplatz oder Die Zweite Republik bricht auf | Erwin Riess

**19–22 | Im Nachdenken**  
Rubia Salgado und *das kollektiv*

**23–24 | Geschichtsvergessenheit und Rechtfertigung für Hass** | Leah Carola Czollek

**25–27 | Exklusion in der Inklusion: Zur Produktion von „Integrationskindern“** | Tobias Buchner

**28–29 | Nachlese** | Schiffbruch der Menschenrechte  
Julia Hofbauer

**30–31 | Spurensicherung** | Silvester 1991. Über die Flüchtigkeit des Glücks | Vida Bakondy

**32–33 | Lektüre**  
Rezensionen

**Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz:** STIMME – Zeitschrift der Initiative Minderheiten ist das vierteljährliche Vereinsblatt der Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) mit der grundlegenden Richtung gemäß §2 und §3 der Vereinsstatuten, die Kommunikation und das Zusammenleben von Minderheiten und Mehrheiten durch die Selbstdarstellung von Minderheiten und ihren Organisationen, durch Interviews, Erfahrungsberichte, wissenschaftliche Beiträge, Buch-, Periodika- und Tonträgerbesprechungen, aktuelle Nachrichten und Veranstaltungshinweise bzw. -berichte auf medialer Ebene zu fördern. Die Initiative Minderheiten (Verein zur Förderung des Zusammenlebens von Minderheiten und Mehrheiten) ist Mitglied der Bürgerinitiative Demokratisch Leben (Medieninhaberin) und Herausgeberin der Zeitschrift. Die Finanzierung der Zeitschrift erfolgt durch öffentliche Subventionen, Mitgliederbeiträge, Abonnements und freiwillige Spenden. Die Adressen der Medieninhaberin und der Herausgeberin sind im Impressum angeführt.



Ayten Keskin (stehend erste von rechts) mit Kolleginnen in einer Strumpffabrik im 5. Wiener Gemeindebezirk, um 1970 Schenkung von Ayten Keskin, 2015 | Foto: Privat

## Geteilte Geschichte. Viyana – Beć – Wien

Die Arbeitsmigration aus Jugoslawien und der Türkei hat die Stadt Wien seit den 1960er Jahren entscheidend geprägt und verändert. Mit den damaligen Anwerbeabkommen sollte es österreichischen Unternehmen ermöglicht werden, den akuten Arbeitskräftemangel kurzfristig auszugleichen; viele Migrant\_innen kamen ihrerseits mit der Vorstellung, eine Weile in Österreich zu arbeiten, um sich später mit dem angesparten Geld eine bessere Existenz in ihren Heimatländern zu ermöglichen. Doch die Idee einer zeitlichen Befristung erwies sich in vielen Fällen als unrealistisch. Familienmitglieder zogen nach, Vereine wurden ins Leben gerufen, Geschäfte und Unternehmen von Migrant\_innen gegründet – und die geplante Rückkehr auf später verschoben.

Auf Basis von Objekten und Materialien, die im Zuge des Projektes „Migration Sammeln“ 2015/16 für das Wien Museum gesammelt wurden,

eröffnet die von Vida Bakondy und Gerhard Milchram kuratierte Ausstellung „Geteilte Geschichte. Viyana – Beć – Wien“ Einblicke in den Alltag der Menschen – sei es am Arbeitsplatz, in der Schule oder in der Freizeit. Mit persönlichen Erinnerungen untrennbar verknüpft, erzählen oftmals profane Alltagsdinge unterschiedliche Geschichten, Erfahrungen und Erlebnisse. Migrationsgeschichte wird so als Teil der Wiener Stadtgeschichte lesbar.

Das Museum unterstreicht mit der Ausstellung nicht nur die Bedeutung der Zuwanderung, sondern würdigt insbesondere auch jene Personen, die bereit waren, dem Museum Objekte zu schenken und damit einen Aspekt ihrer privaten Geschichte zu teilen.

Wien Museum Karlsplatz  
Ausstellungsdauer: bis 11.2.2018

<http://www.wienmuseum.at/>

# WIEN MUSEUM

## Bildung und Flucht

Eine Tagung am 10. und 11. November widmet sich den Bildungserfahrungen und Bildungsmöglichkeiten von geflüchteten Personen in Österreich.

Studienleiter\_innen, Projektmitarbeiter\_innen, Pädagog\_innen und Personen mit Fluchterfahrung werden im Rahmen von Vorträgen, Workshops und einer Podiumsdiskussion über aktuelle Studienergebnisse, Projekte und Bildungsinitiativen für geflüchtete Personen berichtet. Erhebungen der Bildungssituation von Geflüchteten, schulische und außerschulische Bildungsangebote, Initiativen in der Erwachsenenbildung und der

Höheren Bildung sowie Mentoringprogramme und Bildungsberatung stehen dabei im Fokus.

Die Tagung ermöglicht einen Erfahrungsaustausch zwischen geflüchteten Menschen in Bildungsmaßnahmen, Studierenden, Lehrer\_innen, Mitarbeiter\_innen verschiedener Projekte und Bildungsinitiativen sowie Bildungsverantwortlichen. Für die jeweiligen Bildungskarrieren von geflüchteten Personen sollen förderliche und hinderliche Faktoren dabei herausgearbeitet und diskutiert werden.

### Tagung „Bildung und Flucht“

Freitag, 10. November 2017  
(14:30 – 18.00 Uhr)  
Samstag, 11. November 2017  
(9:30 – 17:30 Uhr)

Veranstaltet von:  
Initiative Minderheiten |  
Institut für Bildungswissenschaft |  
Zentrum für LehrerInnenbildung der  
Universität Wien

Ort:  
Institut für Bildungswissenschaft  
Sensengasse 3A, 1090 Wien

Nähere Informationen:  
[www.initiative.minderheiten.at](http://www.initiative.minderheiten.at)

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung (BMB),  
Abteilung Erwachsenenbildung

## Groll ermittelt in Rom

In seinem sechsten Groll-Roman lässt unser Autor Erwin Riess den rollstuhlfahrenden Detektiv aus der Wiener Vorstadt und den Dozenten in Rom ermitteln.



HERR GROLL UND DIE  
STROMSCHNELLEN  
DES TIBER

Roman

OTTO MÜLLER VERLAG

Herr Groll und die Stromschnellen des Tiber.

Von: Erwin Riess  
Salzburg: Otto Müller Verlag 2017  
300 Seiten; EUR 22,-  
ISBN 978-3-7013-1254-2

Aus dem Klappentext:

„Ich bin religiös wie ein Windrad. Das dreht sich im Kreis, produziert Strom und braucht dazu kein höh'res Wesen. Auch ich drehe mich oft im Kreis, produziere aber höchstens leere Kilometer. Höh're Wesen kenne ich viele, das ist in meiner Sitzposition nicht anders möglich. Was diese Herrschaften anlangt, ist mein Bedarf aber gedeckt. Seit ich denken kann, liege ich, ein Angehöriger der niederen Stände, mit den höh'ren Wesen im Streit. Mister Giordanos Bitte, die Geschichte des verlorenen Malteser Sohnes aufzuschreiben, konnte ich nicht abschlagen. Dennoch war es ein Fehler, dem Drängen des alten Herrn nachzugeben, denn die Geschichte erwies sich als Mahlstrom, wer da hineingezogen wird, ist verloren. Dass wir in Rom der Auslöschung entgingen, ist reiner Zufall. Die Schäden an meinem armen Rollstuhl Joseph und meine lädierte Schulter erinnern täglich daran. Dass wir in dem allgemeinen Chaos auch noch einen Weltkrieg verhindern und den Chef der römischen Christenheit vor seinen lieben Kardinalsbrüdern retteten, erwähne ich nur am Rande. Die Welt kennt meine Bescheidenheit.“

LESUNGEN:  
12.11.2017 | 10:30 | BUCH WIEN,  
WASNERIN-Bühne (Halle D)  
20.04.2018 | Mediathek der Bibliothek Maria Anzbach

**W**eitermachen! Ein Heft über Erfolge und Niederlagen. Aktivist\_innen aus unterschiedlichen minoritären Bewegungen ziehen Bilanz über ihre politische Arbeit. Sie erzählen von ihren langen Kämpfen gegen gesellschaftliche Benachteiligung und Fremdbestimmung sowie ihrem Ringen für gleiche Rechte. Stolz auf die Errungenschaften der Bewegung(en), analysieren sie die Ursachen für die Rückschläge – Perspektiven tun sich auf.

Einleitend zum Themenschwerpunkt arbeitet der Philosoph **Hakan Gürses** die Unterschiede zwischen der Politik des Klassenkampfes und der Politik der Minderheiten heraus und diagnostiziert die „Klassenvergessenheit“ der letzten als Angelpunkt der Kritik.

Die Politikwissenschaftlerin **Alexandra Weiss** veranschaulicht anhand einer historischen Situierung, wie der Feminismus und die Frauenbewegung von ihren sozialistischen Bestandteilen abgetrennt und an neoliberale Politiken angepasst wurden. Wir können uns bei ihr Inspirationen für eine heutige feministische Bewegung holen.

Die 1990er Jahre markierten die Blütezeit der österreichischen Lesben- und Schwulenbewegung, das Bestreben nach Sichtbarkeit zeigte erste Erfolge. **Virginia Hagn** und **Hannes Sulzenbacher** vom **Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte** zeichnen rückblickend die Meilensteine und Errungenschaften nach.

**Erwin Riess**, langjähriger Aktivist der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung, hat ausschließlich Rückschritte zu vermelden: Sein Befund über die Lage behinderter Menschen in Österreich ist vernichtend.

Die österreichische Migrationspolitik wird seit den 1990er Jahren zunehmend mit sprachpolitischen Maßnahmen verschränkt. **Rubia Salgado**, Erwachsenenbildnerin und Mitbegründerin der Selbstorganisation **maiz** und **das kollektiv**, ein Ort für kritische Bildungsarbeit, denken über Möglichkeiten des Widerstands nach.

**Leah Carola Czollek**, Leiterin des Institutes **Social Justice und Diversity** in Berlin, widmet sich in ihrem Beitrag dem getarnten Antisemitismus in linken und feministischen Kreisen. Ihre Ausgangspunkte sind die Boykott-Kampagne BDS gegen Israel sowie der sogenannte Pinkwashing-Vorwurf.

Die Neue Mittelschule in Österreich stellt sich der Herausforderung, unabhängig von ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen *allen* Schüler\_innen die gleiche Teilhabe zu ermöglichen. **Tobias Buchner** präsentiert die Ergebnisse eines Forschungsprojektes, in dessen Rahmen Schüler\_innen der sogenannten Integrationsklassen befragt wurden.

Die Flucht und das Sterben auf der gefährlichen Mittelmeerroute dauern an, die zivile Seenotrettung sieht sich mit einer Diffamierungskampagne konfrontiert. **Julia Hofbauer** stellte die aktuellen Entwicklungen in der **Radio-Stimme-Nachlese** zusammen.

Ein verschwommenes Foto ist kein Erinnerungsstück, das man aufhebt. Eingebettet in eine Geschichte, der sämtliche Habseligkeiten abhandengekommen sind, kann es jedoch viel mehr erzählen als ganze unversehrte Fotoalben. **Vida Bakondy** schreibt in der **Spurensicherung** über die Vergänglichkeit des Glücks.

Wir produzieren dieses Heft in Zeiten des Wahlkampfes. Wenn es vor Ihnen liegt, ist die Wahl schon geschlagen. Noch mild oder schon kühl – einen inspirierenden Herbst mit sehr guten Ideen für uns alle wünscht



# Weiter- machen!

# Angst essen Seele auf

**E**s war im Herbst 1991, am Vorabend der Landtags- und Gemeinderatswahl in Wien, da zeichnete ich diese Karikatur für meine Comicstrip-Reihe „Tschuschi“, die in der Wochenzeitschrift *Salto* erschien.

Der Wahlkampf unterschied sich von allen, die ich zuvor erlebt hatte. Die FPÖ, die unter Jörg Haider seit 1986 zusehends nach rechts gedriftet war, hatte den „klassischen“ Antisemitismus in subtilere Bahnen gelenkt und stattdessen die „Ausländer“ zum Gegenstand ihres offenen Rassismus erkoren. Just bei der nämlichen Wien-Wahl im Jahre 1991 fuhr sie auch ihre wohl schwersten verbalen Geschütze auf. Alle Slogans, die im Bild zu lesen sind, standen damals auf FPÖ-Plakaten und in Boulevard-Kolumnen oder fanden ihren Weg als Parolen an die Stammtische Wiens. Ich bekam das erste Mal politisch bedingte Angst in dem Land, in dem ich aufgrund staatlicher Repression in meinem Geburtsland nach dem Militärputsch 1980 Zuflucht gesucht und gefunden hatte. Meine Figur Tschuschi spricht dieses Gefühl durch Wiedergabe des Titels von Rainer Werner Fassbinders wunderbarem Film aus: *Angst essen Seele auf*.

Die Angst war nicht grundlos: Bei der Wahl verdoppelten die Freiheitlichen ihren Stimmanteil und erreichten 22,5 Prozent. Seither ist vieles geschehen und zugleich nichts. Das FPÖ-Volksbegehren „Österreich zuerst“ 1992/93 führte zu einer großen Protestwelle gegen „Ausländerfeindlichkeit“, wie es damals hieß, und zur Spaltung der Partei. Dennoch wurden der FPÖ bis Ende der 1990er Jahre eine Reihe von guten bis sehr erfolgreichen Wahlergebnissen beschieden. Die Nationalratswahl im Jahre 1999 brachte ihr sogar knapp 27 Prozent der Stimmen ein. Die Regierungsteilnahme, eine weitere Parteispaltung, der Unfalltod Haider und der (un-)aufhaltsame Aufstieg von H.C. Strache als FPÖ-Obmann mit dem bisher höchsten Wahlergebnis von 30,8 Prozent in Wien – diese Daten dürften allen bekannt sein.

Das besonders Schlimme ist nicht nur, dass die FPÖ in all diesen Wahlkämpfen und politischen Kampagnen ausnahmslos ein Thema ins Zentrum gerückt und damit fast

immer beachtliche Erfolge eingefahren hat: „Ausländer“. Wenn auch die Namen da und dort unterschiedlich waren und sind (Flüchtlinge, Muslime, Zuwanderer, Fremde ...), bleibt diese imaginäre Gruppe Referenzpunkt der schlimmsten Assoziationen in der FPÖ-Propaganda. Die Wähler\_innen wissen schon, um welche Gruppe es geht, egal unter welchem Namen und welchen Sprachbildern man von ihr spricht. Und sie bestimmen unter Anleitung dieser Partei jedes Mal, wer alles in diese Gruppe fällt.

Doch das besonders Schlimme ist zudem, dass auch andere Parteien seit den 1990er Jahren allmählich das Thema „Ausländer“ als Wahlkuchen entdeckt haben, von dem sie ihr eigenes Stücklein abschneiden wollen. Seither hat sich dieser Wettkampf um die politische Grauslichkeit dermaßen gesteigert, dass sich eine Partei nahezu aufgelöst und um das „Ausländer“-Thema neu formiert hat, damit sie aus der vorgezogenen Nationalratswahl 2017 als Erste hervorgehen kann. (Der Chef dieser neuen „Bewegung“, Sebastian Kurz, der in seinen Statements sogar bisweilen seine bisherige Arbeit als amtierender Integrationsminister in Frage stellte, wurde unlängst von Strache als sein „Schmiedl“ und „richtiger Fan“ bezeichnet.)

Wie eine Gewaltspirale, bei der ein Schlag den nächsten zwangsläufig nach sich zieht, etablierte sich diese verbale Gewalt gegen eine Gruppe und steigert sich von Mal zu Mal. Wohin führt dieser Weg? Mit welchen Konsequenzen müssen Zugewanderte und ihre Kinder rechnen? Wer wird morgen zu der Gruppe „Ausländer“ zählen?

Das Original der Tschuschi-Zeichnung hängt bei mir zu Hause an einer Wand, auf die ich nicht oft zu schauen komme. Heute sah ich wieder zufällig hin. Ich weiß, das war kein Zufall, solche Zufälle gibt es nicht. Bald ist wieder Wahl. Nach 26 Jahren, seit die in der Zeichnung festgehaltenen Parolen erfunden und ausgesprochen wurden. Sie sind noch in Betrieb, sie ziehen sogar mehr Wähler\_innen an. Wenn dieser Text erscheint, wird die Wahl schon geschlagen sein. Mit ihr wohl auch eine der letzten Chancen auf eine bessere Zukunft für uns und für unsere Kinder. Angst essen Seele auf.





# Weitermachen!

Minoritäre Bewegungen  
Bilanz und Perspektiven

# Neue soziale Bewegungen als minoritäre Bewegungen

**E**s war im Rahmen einer Vorlesung Anfang der 2000er Jahre, da machte ein Student die witzige Bemerkung, man lese wieder Marx an der Universität, allerdings noch im Geheimen: „Die Leute verstecken seine Bücher in denen von Judith Butler, um nicht bei der uncoolen Marx-Lektüre erwischt zu werden.“



## Identität versus Klasse

Den Anfang des 20. Jahrhunderts markierte der *Klasse*-Begriff. Die soziale Bewegung, die sich bereits mehrere Jahrzehnte zuvor um diese Kategorie gebildet hatte, drückte mit all ihren Theorien, Parteien, Zielen, Kämpfen, Etappensiegen und nachhaltigen Niederlagen dem „kurzen“ Jahrhundert ihren Stempel auf. Als ab den 1970er Jahren neue soziale Bewegungen (Frauen-, Bürgerrechts-, Behinderten-, Lesben- und Schwulenbewegungen sowie Umwelt- und Friedensbewegungen) allmählich die Bühne des öffentlich Wahrnehmbaren betraten, wurde auch die Konkurrenz zwischen ihnen und der („alten“) Bewegung der Arbeiter\_innen manifest.

Klasse war für die Apologet\_innen des (Vulgär-)Marxismus die zentrale Kategorie des Politischen und bildete somit die Achse des „Hauptwiderspruchs“. Alle anderen sozialen Kämpfe wurden dem Klassenkampf untergeordnet, weitere soziale Kategorien wie Geschlecht, Hautfarbe

oder Sexualität als „Nebenwidersprüche“ ins Reich des Belanglosen verbannt, bestenfalls auf jene ungewisse Zeit verschoben, die nach der Revolution kommen möge.

Doch dann kam das Ende des real existierenden Sozialismus. Phrasen wie „Ende der Geschichte“ und „Kampf der Kulturen“ verkündeten das Aussterben des Klassenkampfes. Das 20. Jahrhundert, in dessen Anfang die *Klasse* stand, endete im Zeichen eines anderen Begriffs: *Identität*. Bisweilen als *Differenz* formuliert, beherrschte das Konzept der Identität fortan die politische Theorie und Praxis.

Gender, Ethnizität, sexuelle Orientierung, Kultur, Religion und körperliche Verfasstheit hießen nun die aktuellen Differenz-Achsen. Neue soziale Bewegungen besetzten zusehends das diskursive Feld und den intellektuellen Raum. Universitäre Disziplinen und Forschungsstränge, die sich u. a. Gender Studies, Postcolonial Studies oder Cultural Studies nannten, wurden auf den

Lehrplan gesetzt. Die Parameter der politisch korrekten Sprache verlagerten sich von revolutionärem Vokabular auf die korrekte Bezeichnung sozialer Gruppen; kulturelle Anerkennung überlagerte ökonomische Umverteilung; aus Gesellschaftskritik wurde Dekonstruktion. Auch die Sprache gehobener Medien passte sich dem neuen Jargon an; man sprach nicht mehr vom Proletariat und der Bourgeoisie, sondern von „bildungsfernen Schichten“, dem „Prekariat“ und der „Elite“.

## Minderheiten und neue soziale Bewegungen

„Muss man annehmen, dass die vom Marxismus ausgehende Zensur, die eine Menge Fragen, zum Beispiel jene nach Gender und Sexualität, aus dem politischen und theoretischen Wahrnehmungsrahmen drängte, nur umgangen werden konnte, indem man wiederum zensierte oder verdrängte, was als einzige Unterdrückungsform aufzufassen der Marxismus uns gelehrt hatte? Und dass folglich der Untergang des

Marxismus, oder zumindest sein Verschwinden als vorherrschender linker Diskurs, die notwendige Bedingung war, um die Mechanismen sexueller, rassistischer und anderer Formen der Unterwerfung sowie das Entstehen minoritärer Subjektivität politisch zu denken?<sup>[1]</sup>

In dem vielbeachteten Buch *Rückkehr nach Reims* stellt der französische Autor Didier Eribon entlang seiner Autobiografie diese Frage. Zweifelsohne sind die Bewegungen der Minderheiten ein wesentlicher Bestandteil der neuen sozialen Bewegungen. Wenn wir den Begriff im Sinne der *Initiative Minderheiten* verwenden, wäre es sogar richtiger zu sagen: Die neuen sozialen Bewegungen sind minoritäre Bewegungen, sie waren es jedenfalls in ihren Anfängen.<sup>[2]</sup>

In der Tat war das zeitweilige Ausblenden der allein bestimmenden Kategorie der Klasse (und des Klassenkampfes) wenn nicht ein notwendiger, so schließlich ein nützlicher Akt, der die Artikulation von minoritären Diskursen erst ermöglichte. Denn die Politik der Minderheiten unterscheidet sich in mehreren Punkten von der Politik des Klassenkampfes:

- Wie schon erwähnt, geht es den neuen sozialen Bewegungen vor allem um die soziale Gleichstellung oder kulturelle Anerkennung der eigenen Gruppe, die in einer kollektiven Identität ihren Ausdruck findet. Der marxistisch beeinflussten Arbeiterbewegung hingegen geht es nicht (nur) um die Emanzipation oder Gleichstellung der Arbeiter\_innen; die historische Mission des Proletariats ist auch eine universale: durch eine Revolution den Prozess einzuleiten, der zur klassenlosen Gesellschaft führen soll.
- Während darum Revolution oder zumindest radikale Umstrukturierung

der Gesellschaft und strukturelle Umverteilung im Zielhorizont der marxistisch beeinflussten Arbeiterbewegung stehen, machen Emanzipation, Anerkennung, Gleichstellung und die dahin führenden Reformen die Ziele der minoritären Bewegungen aus.

- Die Aufspaltung der Gesellschaft in zwei (Haupt-)Gruppen, deren Interessen Gegensätze aufweisen, ist ein Merkmal sowohl neuer sozialer Bewegungen als auch der Arbeiterbewegung. Allerdings ist die Konzeption dieser Gegensätze unterschiedlich. Der Marxismus geht von einem unversöhnlichen Widerspruch zwischen Proletariat und Bourgeoisie aus; die Form des Gegensatzes ist hier antagonistisch. Die minoritären Bewegungen erblicken in ihrem Verhältnis zur Mehrheit jedoch keine unversöhnliche Form des Widerspruchs, zumal in der Gesellschaft mehrere Minderheiten und (somit) mehrere Mehrheiten nebeneinander existieren. In diesem Sinne sind die Gegensätze agonistisch, eher als Konkurrenz, Widerstreit, „Verhandlung“ zu verstehen. Die Konzepte der „Mehrfachidentitäten“ oder der „Diversity“, der „transversalen Allianz“ und der „Intersektionalität“ gehen wohl auf dieses Verständnis zurück.

---

### Alt mit Neu?

---

Freilich ist ein solcher Vergleich allzu holzschnittartig. „Neue soziale Bewegungen“ ist ein Oberbegriff für ganz unterschiedliche Organisationen und soziale Protestformen. Die Gegenüberstellung zur (hier homogenisierten) Arbeiterbewegung ist sicherlich auch viel komplexer als in diesem Rahmen dargestellt.

Der allgemeine politische Trend seit den 1990er Jahren, der eine „Klassenvergessenheit“ nach sich zog, ist aber auch nicht von der Hand zu weisen. Folgerichtig haben sich neue soziale Bewegungen mitsamt ihren postmo-

dern, postkolonial oder queer-theoretisch beeinflussten Konzeptionen der Kritik ausgesetzt. Die zu starre Zuschreibung von Gruppenidentitäten; der fehlende Sinn für Universalität; die große Entfernung zu den Fragen der Politischen Ökonomie; der allzu akademische, schwer zugängliche Diskurs mitsamt der jargonhaften „Politsprache“; das elitäre Abstellen der Politik auf das kulturelle Feld und weitere ähnliche Problempunkte wurden den minoritären Bewegungen angekreidet.

Ein Gutteil dieser Kritik kam aber nicht aus den Reihen der „altväterischen“ Kader der Arbeiterbewegung(en) oder von chauvinistischen Revolverblatt-Schreibern, sondern durchaus von Theoretiker\_innen minoritärer Bewegungen selbst. Der oben erwähnte Ansatz der „intersektionalen Analyse“ von Kimberlé Cranshaw, die Betonung der „Differenzen innerhalb von Differenzen“ etwa durch bel hooks, schließlich elaborierte Modelle wie die „partizipatorische Parität“ von Nancy Fraser erwachsen alleamt aus den Theoriedebatten neuer sozialer Bewegungen.

Ob es nun durch die akademische Hintertür, in Form der in trendigen Büchern versteckten marxistischen Klassikern geschieht, durch aktuelle Bestseller wie *Das Kapital im 21. Jahrhundert* von Thomas Piketty und den bereits erwähnten von Didier Eribon oder durch Theoriedebatten innerhalb minoritärer Bewegungen – der Klassenkampf scheint sich in der Politik zurückzumelden, die in den letzten drei Jahrzehnten von postmodernen und postindustriellen Identität/Differenz-Konzeptionen dominiert war. Es bleibt abzuwarten, ob es auch diesmal zu einer Verdrängung der einen Kategorie zugunsten der anderen kommen wird oder aber zu einer Allianz zwischen dem Alten und dem Neuen, das nun so neu auch wieder nicht ist.

---

Hakan Gürses ist wissenschaftlicher Leiter der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung.

<sup>[1]</sup> Didier Eribon (2016): *Rückkehr nach Reims*. Berlin: edition suhrkamp, S. 234–235.

<sup>[2]</sup> Mit Ausnahme der „themen- und sachbezogenen“ Bewegungen: etwa Umwelt- oder Friedensbewegung. Viele NGOs weisen diesen Charakter auf; im Zusammenhang mit minoritären Bewegungen wird darum zur Unterscheidung von „Selbstorganisationen von Minderheiten“ gesprochen.

# Feminismus und Geschichte

**D**er Feminismus scheint in eine Zange geraten zu sein, nicht nur, weil er immer wieder für obsolet oder gar tot erklärt wird, daran hat das Feuilleton alle paar Jahre seine Freude. Neuerdings wird ihm nicht mehr nur von rechts, sondern zunehmend auch von Teilen der Linken attestiert, Inbegriff neoliberaler Bevormundung und moralinsaurer politischer Korrektheit zu sein.



In manchen der kritischen Kontexte scheint es schick geworden zu sein, sich am geschlechterpolitischen Backlash zu beteiligen und *den* Feminismus undifferenziert abzukanzeln. Wie es geschehen konnte, dass Feminismus und Geschlechterpolitik von ihren sozialistischen Bestandteilen abgetrennt und in neoliberale Politiken eingepasst wurden, interessiert dabei kaum. Man muss sich endlich nicht mehr damit beschäftigen, wozu man ohnehin nie große Lust hatte und was man auch nie ernsthaft betrieb. Feminismus ist Spielverderber und gleichzeitig Makel in intellektuellen Auseinandersetzungen.

Auf der anderen Seite ist schon seit geraumer Zeit eine Konzentration auf Sprachtheorien oder identitätspolitische Fragen zu konstatieren, eine Verdrängung von gesellschaftszugunsten kulturtheoretischer Auseinandersetzungen. Die innerfeministische Auseinandersetzung dazu bzw. der Streit darum wird

bislang kaum produktiv geführt. Es scheint nicht nur ein wesentlicher Teil der politischen und theoretischen Tradition verloren gegangen zu sein, sondern auch die Debattenkultur.

Eine historische Situierung von Feminismus und Frauenbewegung vor dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Transformationen kann manche Entwicklung nachvollziehbar machen. Aber auch die Traditionen, die Forderungen und das spezifische Theoretisieren gesellschaftlicher Machtverhältnisse, das Entdecken der Verwobenheit von Politik, Ökonomie und Kultur in Bezug auf Mechanismen der Unterordnung und Ausbeutung können Inspiration für eine heutige feministische Bewegung sein.

## Soziale Gerechtigkeit als männliches Projekt

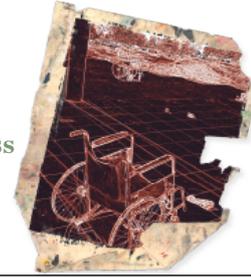
Der sozialstaatlich regulierte Kapitalismus der Nachkriegsjahrzehnte brachte eine bis dahin nie dagewesene soziale

Absicherung der – männlichen, inländischen – Arbeitskraft und eine politische Integration der abhängig Beschäftigten. Wesentliches Moment war dabei das Einbeziehen der Interessenvertretungen der ArbeiterInnenschaft in die politische, soziale und wirtschaftliche Regulierung der europäischen Sozialstaaten. Das trug zwar zu einer allgemeinen Anhebung des Wohlstandes bei, Geschlechterungleichheit wurde damit aber zementiert. Denn Teil des Klassenkompromisses war auch ein proletarischer Patriarchalismus, der die bürgerliche Familie und die damit verknüpfte Geschlechterordnung als Modell verallgemeinerte, auf die ArbeiterInnenschaft ausdehnte und zum Inbegriff sozialen Fortschritts stilisierte.

Das politische Subjekt des Sozialstaates war der Arbeitsbürger, und dass er eine Hausfrau hatte, gehörte mit zum politischen Programm. Ihre soziale Absicherung sollte über das private Verhältnis der Ehe erfolgen. Ihre



Fortschritte der Behindertenpolitik in Österreich? Eine Irreführung. **Erwin Riess** hat nur Rückschritte zu vermelden.



auf Seite  
**16**

ökonomische Abhängigkeit vom Mann wurde als unproblematisch betrachtet, wurde die Familie in den 1950er und -60er Jahren doch als der eigentliche und „natürliche“ (Arbeits-)Platz der Frau propagiert. Dass dies lange Zeit relativ reibungslos funktionieren konnte, hängt auch damit zusammen, dass die Architekten des Sozialstaates beinahe ausschließlich Männer bzw. Männerbünde waren.

Frauen und Männer hatten insofern einen sehr unterschiedlichen Zugang zu sozialen, politischen und bürgerlichen Rechten. Als Staatsbürgerinnen waren den Frauen gleiche Rechte nur formal garantiert, in ihrer täglichen Lebensrealität wurden sie auf vielfältige Weise beschnitten: in einem Ehe- und Familienrecht, das Frauen eine nachgeordnete Rolle zuwies, aber auch in einer Bevölkerungs- oder Familienpolitik, die Frauen die Selbstbestimmung über ihren Körper verwehrte oder in der Praxis sexueller Belästigung (und deren Duldung), die eine unbefangene Bewegung von Frauen im öffentlichen Raum, in der Politik einschränkte.

### Von der Klassen- zur Geschlechterfrage

Allerdings politisierte die Frauenbewegung sowohl die Frage der politischen Repräsentation, als auch das Ineinandergreifen von kapitalistischem Lohnverhältnis und bürgerlicher Haushaltsform. Analysiert wurde hier unter anderem unbezahlte Frauenarbeit als Grundlage einer kapitalistischen Ökonomie, die politische Forderung dazu war die nach „Lohn für Hausarbeit“. Dabei ging es nicht nur um die ökonomische Abhängigkeit der Frauen, sondern auch um die Entwertung ihrer Arbeit, ihre Definition als Nicht-Arbeit, als „Liebesdienst“.

Die Politisierung der Unterordnung von Frauen im Kontext eines sozialstaatlich gezähmten Kapitalismus gelang auch vor dem Hintergrund, dass die zentralen politischen Ziele auf sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und sozialer Inklusion beruhten. Denn Gleichheit ist prinzipiell nicht beschränkbar. Selbst wenn der Sozialstaat zunächst nur auf männliche Bedürfnisse und soziale Risiken abstellte, lieferte dieses Staatsverständnis doch die Ansatzpunkte, Gleichheit und Gerechtigkeit nicht nur auf das Klassenverhältnis anzuwenden.

Sich darauf berufend, richteten die Aktivistinnen der Frauenbewegung ihre Forderungen als Staatsbürgerinnen an den Staat. Auch wenn feministische Forderungen niemals nur den Staat adressierten, wurde von den meisten Strömungen der Frauenbewegungen Westeuropas seit den 1960er Jahren dem Staat Legitimität zugestanden und sein möglicher Beitrag zu geschlechterdemokratischen Reformen erkannt. In diesem Sinn verlangten die Bewegungen, dass der Staat – basierend auf seinen Werten – sich mit ihnen gegen Formen privater Macht, sei es des Marktes, der Unternehmer oder individueller Männer verbünde.

Wesentliche geschlechterpolitische Reformen erfolgten dann in Österreich (und einer Reihe anderer Staaten) Mitte der 1970er Jahre, als etwa das patriarchale Ehe- und Familienrecht durch ein partnerschaftlicheres ersetzt wurde, mit der Fristenlösung die Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruches in den ersten drei Monaten aufgehoben wurde und nach und nach – durch die Skandalisierung der Frauenbewegung – sexuelle Belästigung, Übergriffe und Gewalt sanktioniert wurden. Man kann dies

als eine zunehmende Feminisierung des Gehalts bürgerlicher, politischer und sozialer Rechte bezeichnen.

### Krise(n) und neoliberale Transformation

Spätestens seit den 1980er Jahren kam es aber (wieder) zu einer Verschärfung der Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen und Einkommen. Parallel dazu wurden sozialstaatliche Leistungen reduziert, die Sozialstaaten umgebaut. Und gleichzeitig löste der Begriff der Anerkennung jenen der Umverteilung und der sozialen Gerechtigkeit ab – nicht zuletzt durch die Umwälzungen eines globalisierten Kapitalismus, der transkulturelle Begegnungen vervielfachte und vermehrt Migrationsströme in Bewegung setzte.

Das Modell des (Sozial-)Staates mit seiner Politik der Vollbeschäftigung, des *Deficit Spending*, der umfassenden sozialen Sicherung, der nachfrageorientierten und interventionistischen Wirtschafts-, Fiskal- und Steuerpolitik wurde zunehmend in Frage gestellt und schließlich delegitimiert. Ab den 1980er Jahren konnten neoliberale Politikkonzepte einen nahezu ungebrochenen Siegeszug antreten. Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus kam die Rede vom Ende der Geschichte, gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus schienen immer undenkbarer. An die Stelle der Systemkonkurrenz trat der Standortwettbewerb; sozialer Ausgleich und die Demokratisierung des Kapitalismus verloren nicht nur an Bedeutung, sie wurden vielmehr als Ursachen der Krise denunziert. Die Rede vom Wohlfahrtsstaat als eine die persönliche Freiheit begrenzende Bürokratie, wie sie Friedrich A. Hayek schon in den 1940ern formulierte,

feierte ihr Comeback gerade in dem historischen Augenblick, als unter anderem die Frauenbewegung daran ging, die Ausschlüsse des Nachkriegs-Modells zu politisieren, das Postulat der Gleichheit auf Frauen auszudehnen und um eine Politik der Anerkennung zu erweitern.

Kritische und feministische Theorie und Praxis setzten dem – insbesondere dem Verlust der Gleichheit als grundlegendem politischen Wert unserer Gesellschaft – in den vergangenen zweieinhalb Jahrzehnten aber nur wenig entgegen. Während sich – zugespitzt formuliert – die politische Praxis, vor allem die staatsfeministische Variante, auf eine Beteiligung im Gegebenen zurückzog und Bewegungspolitik an Bedeutung verlor, entwickelte sich im (dominanten) akademischen Feminismus eine „Theorie ohne Praxis“, die eine mögliche Anbindung an feministische Politik, die Frauenbewegung, ihre Projekte und Institutionen in weiten Teilen nicht einmal mehr in Betracht zog. Die Gründe dafür sind vielfältig: Neben den lose gewordenen Verbindungen zwischen feministischer Theoriebildung, institutioneller Frauen-/Geschlechterpolitik und der politischen Praxis der Bewegung, deren große Erfolge und Mobilisierungsfähigkeit gegen Mitte der 1980er Jahre schwinden, sind es auch Anpassungsleistungen, die vollzogen wurden. Denn die Verankerung von Gender Studies im Wissenschaftsbetrieb konnte mit einer kulturtheoretischen Orientierung und weitgehend „befreit“ von (neo-) marxistischen Theoretiktraditionen im Kontext einer neoliberalen Hochschule leichter gelingen.

Ende der 1980er Jahre formulierte die US-amerikanische Theoretikerin Nancy Fraser die Prognose, angesichts des Zusammentreffens von Finanzkrise und einer Feminisierung der Armut würden sich die Kämpfe um soziale Sicherung zu einem Schwerpunkt für Feministinnen entwickeln. Diese Annahme traf sich aber weder mit den zunehmend institutionalisierten Gender Studies noch mit der frauen-/geschlechterpolitischen Praxis. Kaum zehn Jahre später stellte Fraser

fest, dass sich der Kampf um Anerkennung zur paradigmatischen Form des politischen Konflikts entwickelt hatte. Kulturelle Dominanz löste Ausbeutung als Elementarform der Ungerechtigkeit ab und verdrängte sozioökonomische Umverteilung als Ziel des politischen Kampfes – und das in einer Zeit verschärfter materieller Ungleichheit.

Die Verdrängung der Gleichheit aus dem politischen Diskurs – und mit ihr der sozialen Frage – ist ein ernsthafter Verlust für alle emanzipatorischen Bewegungen, insbesondere für die der Frauen. Aufgrund der vielfältigen Diskriminierungsmechanismen sind sie in ihrer persönlichen Autonomie stärker auf den Sozialstaat angewiesen als Männer. Ein individualistischer Freiheitsbegriff, der ideologisch gegen Gleichheit und Solidarität in Stellung gebracht wurde, steht letztlich immer nur für eine Freiheit der Eliten und die Verdrängung der Schwächeren aus dem politischen Raum.

---

## Perspektiven der Politisierung

---

Neoliberale Ideologen konnten die Entgegensetzung von Freiheit und Gleichheit als Denkfigur wirksam in unsere Gesellschaft einschreiben. Aber auch in den kritischen Kontexten gibt es dort und da eine Renaissance des „Hauptwiderspruchs“, der die Strukturierung unserer Gesellschaften durch Geschlechterordnung und ethnische Spaltungen nicht zur Kenntnis nehmen mag. Ebenso wird die Klassenfrage in einigen feministischen Theorien an den Rand gedrängt. Worum es geht, ist aber eine Synthese der Forderungen nach Umverteilung und Anerkennung – eine Anerkennung, die Identitäten tendenziell verflüssigt, statt sie zu fixieren.

Ich möchte deshalb mit Nancy Fraser an die politischen und theoretischen Traditionen der neuen Frauenbewegung erinnern, die basierend auf der spezifischen Situation von Frauen einen erweiterten Begriff der Gerechtigkeit entwarf und an die Stelle des in den 1960er und 1970er Jahren dominanten ökonomistischen ein

dreidimensionales Gerechtigkeitsverständnis setzte, das sowohl Wirtschaft als auch Politik und Kultur umfasste:

„Was an der Neuen Frauenbewegung wirklich neu war, das war die Art und Weise, in der sie – immer in kritischer Auseinandersetzung mit dem androzentrischen staatlich organisierten Kapitalismus – drei analytisch zu unterscheidende Dimensionen geschlechtsbezogener Ungerechtigkeit [die ökonomische, kulturelle und politische] miteinander verband.“

(Fraser 2009)

Verbunden war und ist damit ein komplexer Anspruch auf gesellschaftliche Veränderung, der sich als Verbindung von Umverteilungs- und Anerkennungspolitik beschreiben lässt. Zur Sprache gebracht werden dabei Dynamiken ökonomischer als auch kultureller Diskriminierung von Frauen, ihre Wechselwirkungen und die mangelnde politische Repräsentation der Interessen von Frauen. Den Fokus auf die Verwobenheit der Strukturen zu legen, die Ungleichheit hervorbringen, ist Ausgangspunkt für emanzipatorische Politik und kritische Theorie, denn wie Sozialpsychologin Regina Becker-Schmidt einmal sagte: Was mit Macht getrennt wird, gehört gesellschaftlich zusammen.

Das heißt auch, dass die lose gewordenen oder abgerissenen Verbindungen in den gegenwärtigen feministischen Debatten wieder neu geknüpft werden müssen, damit Feminismus sich wieder als gesellschaftsverändernde Kraft artikulieren kann.

---

## Literatur

---

Fraser, Nancy (2009): Feminismus, Kapitalismus und die List der Geschichte. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 54 (2009), 8. Abrufbar unter: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2009/august/feminismus-kapitalismus-und-die-list-der-geschichte> (Stand: 22.9.2017)

---

Alexandra Weiss, Politikwissenschaftlerin, ist Koordinatorin im Büro für Gleichstellung und Gender Studies der Universität Innsbruck. Forschungsschwerpunkte: Arbeit und Geschlechterverhältnisse; Sozialstaatsentwicklung; Armut; Staatstheorie und soziale Bewegungen; Klasse, Geschlecht und die Normierung von Sexualität. [www.a-weiss.net](http://www.a-weiss.net)

# Aus dem Gefängnis auf die Ringstraße

Zwischen 1945 und 1995 kämpfte die österreichische Lesben- und Schwulenbewegung vor allem um ihre Ermächtigung



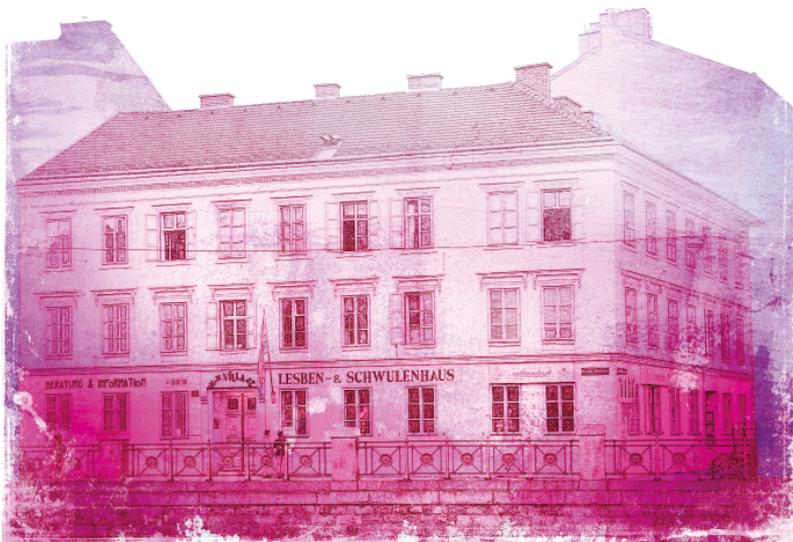
Die 1990er Jahre haben alles verändert. In den Jahren rund um die erste Regenbogenparade 1996 wechselte die Lesben- und Schwulenbewegung ihr Gesicht und ihre Position in der Gesellschaft. Aus Aktivist\_innen einer kleinen, wenn auch engagierten Subkultur wurden Ansprechpartner\_innen in Menschenrechtsfragen. Die Lesben- und Schwulenbewegung wuchs an Umfang und Bedeutung, sie fächerte sich auf und engagierte sich für die verschiedensten Zielsetzungen. Ein Professionalisierungsprozess war in vollem Gange. Dessen Erfolge waren

weithin sichtbar wie die Parade selbst, doch blieb er nicht unumstritten: „Viele ‚Kämpfer‘ der Schwulenbewegung sahen und sehen vielleicht heute noch in der Ausdifferenzierung und Professionalisierung einen Verrat an den einstigen radikalen Forderungen [...]“<sup>[1]</sup> – so ein Befund, der im Katalog zur Ausstellung „Goodbye to Berlin? – 100 Jahre Schwulenbewegung“ (1997) zu lesen war.

Auch in Österreich sorgten die zunehmende Kommerzialisierung und Entpolitisierung der Bewegung sowie

die „Eventkultur“ vielfach für Kritik, gerade von lesbischer Seite. Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich seit deren Anfängen in den 1970er Jahren geändert. Unter dem Einfluss verschiedener sozialer Bewegungen wie der Frauen-, der Student\_innen- und auch der Lesben- und Schwulenbewegung wurden überkommene gesellschaftliche Verhältnisse nach und nach aufgebrochen. Errungenschaften wie die (schrittweise) Abschaffung strafrechtlicher Verfolgung, eine erhöhte Sichtbarkeit im öffentlichen Raum und steigende Akzeptanz innerhalb der Gesellschaft schufen neue Handlungsspielräume, die wiederum neue Ausprägungen,

<sup>[1]</sup> Wolfgang Theis (1997): Mach dein Schwulsein öffentlich - Bundesrepublik. In: Andreas Sternweiler (Hrsg.) (1997): Goodbye to Berlin? 100 Jahre Schwulenbewegung. Eine Ausstellung des Schwulen Museums und der Akademie der Künste, 17. Mai bis 17. August 1997, Berlin, S. 279-293, hier 293.



Strategien und Ziele der Bewegung ermöglichten und hervorbrachten. Ungeachtet aller Veränderungen verbindet jedoch eine übergeordnete Konstante die Bestrebungen von den 1970er Jahren bis heute: die Herstellung von Sichtbarkeit in der Gesellschaft als Grundlage politischer (und sozialer) Handlungsfähigkeit.

Vor der Entkriminalisierung von Homosexualität im Jahr 1971 war „Sichtbarkeit“ allerdings nicht nur kaum möglich, sondern auch gefährlich. Seit 1852 hatte der Paragraph 129 Ib StGB die strafrechtliche Verfolgung von gleichgeschlechtlichen Handlungen zwischen Männern und zwischen Frauen geregelt. Im Nationalsozialismus wurden insbesondere homosexuelle Männer inhaftiert oder als Rosa-Winkel-Häftlinge in Konzentrationslager eingeliefert. Auch nach der Befreiung konnten die Überlebenden über den Grund ihrer Inhaftierung nicht sprechen, galten sie doch in der öffentlichen Meinung als „warme“ KZler und weiterhin als Vorbestrafte. Von einer Zuerkennung des Opferstatus oder gar einer „Wiedergutmachung“ für sie konnte keine Rede sein. Erst 2005 wurden sie ins Opferfürsorgegesetz aufgenommen.

Die Situation von Schwulen und – wenngleich mit weitaus geringerem Verfolgungsgrad – Lesben im Österreich der Nachkriegszeit hatte sich gegenüber dem Nationalsozialismus nicht grundlegend geändert. Natürlich waren weder das Vokabular noch die

Drohungen von staatlicher Seite oder die Strafen, die auf „Unzucht wider die Natur“ zu erwarten waren, vergleichbar. Was sich jedoch nicht geändert hatte: Homosexualität wurde weiterhin mit Gefängnis bestraft, die Ächtung weiter gesellschaftlicher Kreise war beim Bekanntwerden der eigenen Homosexualität garantiert.

Trotz der drohenden Verfolgung wusste der Wiener Schriftsteller Erich Lifka 1955 von „erfreulichen Anfängen von Clubs“ zu berichten, die zu koordinieren „eine wichtige Aufgabe der guten Elemente unter den Homophilen“ sein würde. Lifka war in dieser Zeit Wiener Korrespondent von *Kreis*, einer dreisprachigen Schweizer Schwulenzeitschrift. Was er aus Wien berichtete, war oft der letzte Stand der Bemühungen um die Strafrechtsreform. An diesen Bemühungen beteiligte sich auch der kurzlebige, von Franz Xaver Gugg initiierte *Verband für freie Mutterschaft und sexuelle Gleichberechtigung*, der bereits 1964 eine Symbiose von Frauen- und Homosexuellenbewegung anstrebte, mit seinen Anliegen für ein Recht auf Abtreibung und Abschaffung der anti-homosexuellen Gesetze in den 1960er Jahren aber kein Gehör fand. Auch die österreichische *Liga für Menschenechte* engagierte sich für eine Verbesserung der gesellschaftlichen Situation von Homosexuellen, doch zeigten sich die Beharrungskräfte der österreichischen Gesellschaft als steter Hemmschuh eines spürbaren Fortschritts. Jahrzehntlang torpedierte die ÖVP die Entkriminalisierung von

Sexualität unter Erwachsenen gleichen Geschlechts.

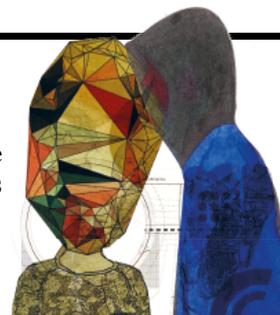
Als es 1971 schließlich zur Streichung des § 129 Ib kam, wurden vier Ersatzparagraphen ins Strafgesetzbuch eingefügt, die weiterhin eine Sondergesetzgebung zu Homosexualität festschrieben: § 210 verbot männliche homosexuelle Prostitution, § 220 jegliche Werbung für Homosexualität und § 221 untersagte die Gründung von Vereinen, die Homosexualität begünstigten. § 209 setzte zudem für Sex zwischen Männern ein höheres Mindestalter fest als für Sex zwischen Frauen oder Frauen und Männern.

Obwohl das Vereinsverbot bis 1997 Bestand hatte, kam es in den 1970er Jahren zu ersten zaghaften Versuchen, auch in Österreich eine politische (vorerst ausschließlich) Schwulenzbewegung zu etablieren. Ab 1975 trafen sich emanzipierte schwule Männer in der informellen Gruppe *CO – Coming Out*, die mit einer offen provokanten und gesellschaftskritischen Strategie eine Änderung der Rechtslage für Schwule anstrebte. Zur selben Zeit etablierten sich innerhalb der Frauenbewegung autonome Lesbengruppen, 1976 etwa in der *AUF* (Aktion Unabhängiger Frauen), die sich beim ersten 1980 stattfindenden österreichischen Lesbentreffen vernetzten und ihre Forderungen sowohl gegenüber der mitunter auch ablehnenden Frauenbewegung als auch der stark männlich dominierten Homosexuellenbewegung aufstellten. Wenn auch nicht explizit lesbisch, gehörten ab 1977 auch die women-only-Projekte *Frauencafé* und *Buchhandlung Frauenzimmer* zu den Orten zunehmender lesbischer Sichtbarkeit.

1979 wurde – trotz des bestehenden Verbotes – die *Homosexuellen Initiative (HOSI) Wien* als Verein gegründet. Von ihrem Gründer Wolfgang Förster ursprünglich als „unpolitische Selbsterfahrungsgruppe“ für Männer geplant, wurde öffentliches Engagement für die rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung Homosexueller schon bald zu einem zentralen Aufgabenbereich der *HOSI*. Bereits ein Jahr nach Gründung gab es innerhalb der *HOSI*



„... die lernen leichtere Sachen als wir.“ Wie Maßnahmen für schulische Inklusion ins Gegenteil schlagen können.  
Von **Tobias Buchner**.



auf Seite  
**25**

eine Lesbengruppe und bald auch Parität im Vorstand.

Ab Anfang der 1980er Jahre kam es innerhalb der *HOSI* zu ideologischen Konflikten zwischen der progressiven, aktionistischen und der gemäßigten Linie, in denen sich schließlich die letztere durchsetzen konnte. Der Schwerpunkt wurde seither vor allem auf politisches Lobbying gelegt. Als 1982 aber zwei Aktivisten nackt die Bühne des Neujahrskonzerts im Wiener Musikverein stürmten und auf einem Transparent „Menschenrechte für Schwule“ forderten, war diese Aktion nicht nur mit der *HOSI* abgesprochen, sondern auch – trotz offizieller Distanzierung – unterstützt. Obwohl die Aktion im internationalen Fernsehen wegen der Ausstrahlung der vorher aufgezeichneten Balletteinlage nicht zu sehen war, sorgte sie in der internationalen Presse für zahlreiche Berichte und durchbrach so das hartnäckige Gebot medialer Unsichtbarkeit von Homosexualität.

Ebenfalls 1982 besetzte eine Gruppe von Lesben und Schwulen ein Abbruchhaus an der Wienzeile und schuf mit der Gründung der *Rosa Lila Villa* ein weithin sichtbares Wahrzeichen schwul-lesbischen Lebens im Wiener Stadtbild: Man hatte ein Haus, und auf dem Haus stand drauf, was drin war. Mit der *HOSI* und der *Villa* hatte sich auch ein Charakterzug der Wiener Homo-Emanzipationsbewegung etabliert: Sie war fast immer eine von Lesben und Schwulen gemeinsam getragene Bewegung. Durch die AIDS-Krise sollte diese wenig später vor völlig veränderten Aufgaben stehen.

Die Reaktion von Seiten der Bewegung auf die AIDS-Krise war vorerst zurückhaltend. Man befürchtete, dass hinter

der medialen Massenhysterie eine politische Inszenierung steckte, die Schwule weiter stigmatisieren sollte. Als im März 1983 erstmals zwei österreichische AIDS-Fälle bekannt geworden waren, war die Krankheit aber in greifbare Nähe gerückt und „real“ geworden. Die *HOSI* sah vor allem in der Aufklärungsarbeit Handlungsbedarf und gab noch im März 1983 gemeinsam mit dem Wiener Gesundheitsstadtrat Alois Stacher eine Informationsbroschüre heraus. Die *HOSI* erkannte also sehr bald den Handlungsspielraum durch die mediale Aufmerksamkeit auf AIDS und versuchte sich innerhalb dieser öffentlichen Sichtbarkeit als Akteurin im Feld der politischen Entscheidungsfindung zu etablieren.

Unter anderem ausgelöst durch den Schock der AIDS-Krise trat die Lesben- und Schwulenbewegung in eine Phase der Professionalisierung und Mobilisierung ein. Neben der Zusammenarbeit mit politischen Institutionen und der Gründung von effizienten AIDS-Hilfe-Institutionen ab Mitte der 1980er Jahre wurden Forderungen wie jene nach Erb- und Mietrecht sowie der rechtlichen Absicherung von homosexuellen Partner\_innenschaften für breite Teile der Bevölkerung plausibel. Die Konfrontation und der Umgang mit AIDS sowohl von Seiten der Gesellschaft als auch der Bewegung führte längerfristig zu einer gewissen „Normalisierung“ von Homosexualität, deren Marginalisierung in der öffentlichen Aufmerksamkeit nicht mehr möglich war.

Der entstehende Raum wurde gegen Ende der 1980er und in den 1990er Jahren von diversen Gruppierungen und Organisationen gefüllt – ein Prozess, der als Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Bewegung gesehen werden kann. Dieser Prozess

beinhaltete die Entstehung parteiinterner Gruppierungen wie der *Grünen Andersrum* oder *Sozialdemokratie und Homosexualität (SoHo)*, juristischer Organisationen wie *Rechtskomitee Lambda (RKL)* sowie kultureller Einrichtungen und Veranstaltungen. 1996 fand nach eineinhalbjähriger Vorbereitung die erste Regenbogenparade auf der Wiener Ringstraße statt. Die schwul/lesbische Bewegung feierte sich erstmals in ihrer ganzen Vielfalt.

1996 kam es auch – endlich – zur Abstimmung im Nationalrat über die noch bestehenden diskriminierenden Ersatzparagraphen (der Prostitutions-Paragraph war 1989 gefallen), infolge deren das Werbe- sowie das Vereinsverbot aufgehoben wurden. Die Abschaffung des sogenannten Schutzalter-Paragraphen, des Verbotes von Sex zwischen erwachsenen und jugendlichen Männern, wurde jedoch trotz massiver Lobbytätigkeit bis 2002 von ÖVP und FPÖ verhindert.

Die 1990er Jahre haben nicht *alles* verändert. Die Formen, Ausprägungen und Artikulationen der Bewegung mögen andere – vielfältigere – sein. Ihr Bestreben, Sichtbarkeit von und für LGBTIQ\*-Personen in der Gesellschaft herzustellen sowie jeglicher Diskriminierung entgegenzuarbeiten, bleibt jedoch bis heute bestehen. —

---

Virginia Hagn ist Historikerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Zentrum QWIEN.

Hannes Sulzenbacher ist Ausstellungskurator und Historiker im Zentrum QWIEN.

---

QWIEN – Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte  
Forschung, Archiv, Bibliothek, Stadtführungen  
Große Neugasse 29, 1040 Wien  
[www.qwien.at](http://www.qwien.at)

# Showdown am Ballhausplatz oder die Zweite Republik bricht auf

**D**ie Fenster des schönen alten Palais am Ballhausplatz, wo Sektionschef Tuzzi waltete, warfen oft noch spät abends Licht in die kahlen Bäume des gegenüberliegenden Gartens, und gebildete Bummler, wenn sie nachts vorbeikamen, faßte Schauer an.

[Robert Musil, Der Mann ohne Eigenschaften]

Herr Groll hatte beim Eingang zum Volksgarten Position bezogen. Der zur Baustelle umgewandelte Ballhausplatz lag vor ihm. Ein Radsportler hielt seine Rennmaschine an.

„Gut, dass ich Sie finde, geschätzter Groll! Dass Sie sich die Errichtung neuer Barrieren am Hauptplatz der Republik nicht entgehen lassen, war mir klar.“ Der Dozent lehnte sein Rad an die Zaunmauer.

„Verehrter Dozent, die Geschichte dieses schicksalsträchtigen Orts ist um ein Kapitel reicher. Man wollte eine Mauer und bekam ein Loch. Vielleicht sind es aber nur Laufgräben, in denen Verteidigungsminister Doskozil über Wohl und Wehe des Kanzlers und des Bundespräsidenten wacht.“

„Sie trauen unseren Staatsspitzen wirklich alles zu.“ Der Dozent schüttelte den Kopf.

„Sie nicht?“ fragte Herr Groll verwundert.

Der Dozent wischte die Bemerkung mit einer Handbewegung beiseite. „Was mich verwundert, ist der Umstand, dass niemand für diesen Schildbürgerstreich verantwortlich zu sein scheint. Wo doch in Österreich jede kleinste bauliche Veränderung von zig Behörden begutachtet und von einem monatelangen Amtsverkehr gefolgt wird. Finden Sie nicht auch, dass dem Bild der herrenlosen Baustelle so kurz vor den Wahlen eine nicht zu unterschätzende Symbolkraft innewohnt?“

„Werter Groll, der eisige Grufthauch lässt auch mich frösteln. Dürfte ich

Sie in diesem Zusammenhang um einen Gefallen bitten?“

„Soll ich mich in die Grube legen?“

„Um Gotteswillen! Die Sache ist schon makaber genug.“

„Vielleicht steigen Opfer der österreichischen Geschichte aus der Grube“, sagte Herr Groll nachdenklich.

„Sie meinen, weil aus den Gletschern immer mehr Leichen von Bergtoten aus dem Eis apern?“

„Man könnte es so lesen. Elfriede Jelinek hat in ihrem großen Roman *Die Kinder der Toten* dieses Sujet aufgenommen. Die Untoten steigen aus der aufgebrochenen Erde und schicken sich mit ihren blutenden Wunden an, ihre Mörder und Nachfolger beiseite zu räumen, um ihr eigentliches Schicksal fertigkeiten zu können.“

„Lieber Groll, Sie liegen nicht falsch. Ich soll in einem Symposium über die Fortschritte der Behindertenpolitik in Österreich referieren.“

Herr Groll schüttelte den Kopf.

„Das geht nicht.“

„Pardon?“

„Das Thema Ihres Vortrages ist eine Irreführung. Es gibt vom Schulwesen über die Pflegeversorgung, die ökonomische Absicherung, die staatsbürgerliche Gleichstellung, die Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenkonvention, die Qualität der politischen Repräsentation und die Barrierefreiheit keine Fortschritte, sondern nur Rückschritte zu melden“, führte Herr Groll aus. „Im Vergleich zu zivilisierten Ländern der Welt fallen wir immer mehr zurück.

Haben Sie gelesen, dass laut einer internationalen Studie, die in 57 Staaten das Ausmaß der Offenheit und Freundlichkeit gegenüber Gästen beurteilt, Österreich die vorletzte Stelle einnimmt? Für ein Land, das zu nicht geringen Teilen vom Fremdenverkehr lebt, ein interessanter Befund.“

Der Dozent hockte sich neben Herrn Groll auf die Fersen. „Sie meinen, die Dinge hängen zusammen?“

„Es handelt sich um vier Hälften einer Medaille, die Missgunst, Neid, Fremdenhass und Feigheit vereint.“

„Einspruch, geschätzter Groll, so leicht gebe ich mich nicht geschlagen! Ich habe von Ihnen und unseren Ausfahrten gelernt. Außerdem gibt es viel einschlägige Literatur. Die *Disability Studies* sind ja ein anerkannter Wissenschaftszweig.“

„Nicht in Österreich. Sie werden keinen Sozialpolitiker finden, der dieses Wort buchstabieren, geschweige denn die wichtigsten Felder dieses Wissenschaftszweigs zu benennen vermag. Es gibt in Österreich keinen Lehrstuhl, kein Institut für *Disability Studies*. Diese Querschnittsmaterie, wie führende österreichische Juristen zu sagen pflegen, ist in Österreich unbeackert wie der Rasen des Burggartens.“

Der Dozent schaute Groll flehentlich an. „Ich bitte Sie, Ihre Neigung zu apodiktischen Aussagen und Pauschalurteilen für dieses eine Mal zu zügeln. Helfen Sie mir, einen realistischen Befund über die Lage der behinderten Menschen in Österreich

zu erstellen und das sachlich in der Form und präzise im Inhalt. Darf ich hoffen?“

„Warum nicht“, erwiderte Groll. „Die Hoffnung ist der Himmel der Verlorenen.“

„Die Reihenfolge der abzuarbeitenden Punkte überlasse ich ganz Ihnen“, sagte der Dozent erfreut und zog ein kleines Notizbuch aus seinem Radress hervor.

Herr Groll setzte sich im Rollstuhl zurecht, holte tief Luft und blies so laut aus, dass vorbeihastende Besucher des Volksgartens erschreckt zur Seite sprangen. „Lassen Sie uns mit der gebauten Umwelt beginnen, sie entscheidet über die Teilhabe an oder den Ausschluss von der Gesellschaft, sie ist gebaute Politik. Ich bleibe sachlich und sage: Die Summe der Baulichkeiten, die neue Barrieren auftürmen, übertrifft die da und dort erfolgenden Sanierungen. Es wird also, im latenten Gegensatz zum landläufigen von *Licht ins Dunkel* verdorbenen Bewusstsein der Bevölkerung und im schreienden Gegensatz zu den politischen Funktionsträgern nicht laufend besser, sondern laufend schlechter.

Auf den ersten Blick scheint das unglaublich, ich kann diesen Satz aber mit hunderten Beispielen belegen. Eingangs bringe ich ein Paradebeispiel für das Gute. Das von dem Schauspieler und Autor August Schmörlzer aus der Taufe gehobene Veranstaltungszentrum Stieglerhaus in St. Stefan ob Stainz beispielsweise, welches Anfang September eröffnet wurde, ist von einem Architekten namens Schober mustergültig barrierefrei ausgeführt worden; Rampen, zwei Hebeplattformen, eine Behin-

dertentoilette und ein gekennzeichnete Parkplatz. Auch die Ausrüstung der Wiener Busse und Straßenbahnen mit Rampen muss auf der Habenseite verbucht werden, es wäre nur schön, könnten sich die Wiener Busfahrer etwas von der Freundlichkeit ihrer italienischen oder New Yorker Kollegen anschauen, wenn sie die Rampe ausklappen. Auch im Neubaubereich werden die Standards meistens eingehalten, die gilt aber nicht durchgehend und schon gar nicht für alle Bundesländer, Oberösterreich zum Beispiel ist Vorreiter der umfassenden Abschaffung von Behindertenrechten – auch im baulichen Bereich.

Kommen wir zu einem kleinen Auszug aus der Mängelliste. Bei einer Überprüfung der zehn größten Wiener Einkaufsstraßen waren weniger als die Hälfte aller geprüften Gebäude barrierefrei zugänglich, die Situation hat sich sogar verschlechtert. Heime<sup>121</sup> werden erweitert und saniert, und die Barrierefreiheit bleibt auf der Strecke. So verfügen in einem Pflegeheim der Senecura in Mautern bei Krems die Heimbewohner zwar über geräumige Loggien und Balkone mit dem Blick auf Weingärten und Stift Göttweig, sie können die Balkone aber nicht genießen, da Architekt und Heimleitung eine fünfundzwanzig Zentimeter hohe Stufe ins Freie einziehen ließen. Eine Stufe dieser Höhe ist für gebrechliche oder im Rollstuhl sitzende Personen gleichbedeutend mit der Mauer, die das Bundeskanzleramt vor Bürgern beschützen soll. Habe ich schon erwähnt, dass es nach jahrzehntelangen Bestrebungen nach wie vor nicht gelungen ist, die Grundsätze des barrierefreien

Bauens in der Ausbildung von Architekten und Ziviltechnikern zu verankern? Nach wie vor gehen von den Hochschulen Jungarchitekten ab, die erstaunt darüber sind, dass man mit einem Rollstuhl nicht über drei Stufen fliegen kann.“ Der Dozent runzelte die Stirn. „Kein Witz, verehrter Freund, sondern jahrzehntelange Erfahrung! Die Fischkette Nordsee gestaltet die Inneneinrichtung ihrer Lokale um, es gibt nur mehr Stehpulte, verbleibende Sitzplätze sind nur über Stufen erreichbar. McDonald's bietet in New York jedes Lokal barrierefrei an, auch solche, die erhöht, im ersten oder zweiten Stock gelegen sind. Selbstverständlich gibt es auch Behindertentoiletten. In Österreich ist das nur eingeschränkt der Fall, wobei daran auch die Baubehörden in den Gemeinden schuld sind, die Rampen nicht genehmigen. Wenn sich die Behörden darin überbieten, die UN-Konvention zu missachten, erlahmt das Streben nach Barrierefreiheit.“

„Das Ziel der Kette ist ja nicht das Wohl der Kunden, sondern das der Aktionäre“, beschied der Dozent.

„Derselbe Befund auch bei Arztpraxen“, nahm Groll die Erzählung wieder auf. „Zwar ist Barrierefreiheit bei neuen Ordinationen Pflicht, die Einhaltung wird aber nicht kontrolliert. So kommt es, dass in Neubauvierteln durchaus Ordinationen mit vorbildlicher Ausstattung geschaffen werden, während Sie bei mir in Floridsdorf und in vielen Bezirken und Städten Österreichs barrierefreie Ordinationen suchen müssen wie eine Stecknadel im Heuhaufen. In Wiener Neustadt ergab eine Erhebung, dass nur zwölf von 82 Ordinationen mit dem Rollstuhl erreichbar sind. In jeder zweiten Autobahnstation gibt es gänzlich untaugliche oder nur mit artistischen Verrenkungen benutzbare Behindertentoiletten. Oft befindet sich die Toilette außen, bei Regen und Schnee ist die Erreichbarkeit nicht gegeben. Oder die Toilette hat kein Warmwasser oder ist im Winter nicht geheizt (St. Marein bei Judenburg) oder die Tür zur Außentoilette kann von Rollstuhlfahrern nicht geöffnet werden, da eine sieben Zentimeter hohe Stufe besteht. Man müsste drei Hände haben, um mit viel

<sup>121</sup> Nach wie vor leben Tausende junge und behinderte Menschen unter sechzig Jahren entgegen allen Vorgaben der UN-Konvention in Pflegeheimen mit mehreren hundert LeidensgenossInnen, der Frauenanteil beträgt über achtzig Prozent. Dieser Zustand wird von den Beobachtern der UN-Konvention als institutionalisierte Gewalt beschrieben, jeder Mensch hat das Recht auf freie Wohnungswahl außerhalb von Einrichtungen. Mobile Dienste, persönliche Assistenten und anderes.

<sup>122</sup> Erwin Pröll, ehemaliger Landeshauptmann von Niederösterreich.

<sup>123</sup> Die Kammer erfüllt die Einstellungsverpflichtung für behinderte Arbeitnehmer seit vielen Jahren in hohem Ausmaß nicht.

<sup>124</sup> Die EU erarbeitete durch zwanzig Jahre ein „Manual for Accessibility“, das die bauliche Situation so nachhaltig verbessern sollte, dass man von einer Revolution in der Teilhabe von alten und behinderten Menschen – und von Kindern! – sprechen muss. Tausende Experten, unter ihnen viele behinderte Menschen, arbeiteten intensiv an diesem Anforderungskatalog. Dieser Tage wurde von der EU-Kommission das Endergebnis verkündet. Der Schock unter allen Beteiligten konnte größer nicht sein. Von der Barrierefreiheit blieb nur das Kapitel Telekommunikation übrig, der gesamte Bereich Öffentlicher Verkehr, öffentliche Bauten und Wohnbau wurde gestrichen und das ersatzlos. Nach zwanzig Jahren Arbeit, Dutzenden Konferenzen und Hunderten Arbeitspapieren, wird die Arbeit mit einem Federstrich ausgelöscht. Die Botschaft, die von dieser Kapitulation ausgeht, ist klar: Die EU hat sich aus der Behindertenpolitik verabschiedet. Die strukturelle Aussonderung und Diskriminierung behinderter Bürgerinnen und Bürger wird damit ebenso fortgeschrieben wie die Existenz von Großheimen, in denen Missbrauch und Gewalt die Regel sind. EU-Europa hat in einem zentralen Menschenrechtsbereich das Handtuch geworfen.

Kraftaufwand mit einer Hand die Tür mit dem Schlüssel aufzudrücken (es gibt keine Klinke) und mit den beiden anderen mit Anlauf die Stufe zu überspringen (Arnwiesen). Apotheken mit Stufen sind übers ganze Land verteilt, auch dort, wo ausreichend Platz für Hebeplattformen oder Rampen wäre. Restaurants mit Stufen und nicht vorhandenen respektive ungenügenden Nassräumen stellen nach wie vor das weit überwiegende Gros der Lokale. Spontane Restaurantbesuche kommen für Menschen im Rollstuhl nach wie vor einem Gottesurteil gleich. Nobelhotels wie das Parkhotel Pörtschach sind stolz darauf, entweder keine oder, wie das Hotel Schloss Seefels, nicht erreichbare Behindertentoiletten anzubieten. Aus vorgespielter Freundlichkeit wird dann schnell offener Hass wie beim Chefconcierte im Parkhotel, der das Fehlen einer Behindertentoilette damit begründet, dass man ein Hotel und kein Siechenheim sei.

Die Mängel wurden und werden seit Jahrzehnten von Betroffenen eingemahnt, allein, es ändert sich nichts. Die Behindertenverbände sind wie in allen anderen Fragen des selbstbestimmten Lebens behinderter Menschen untätig oder gar auf Seiten der Diskriminierenden, die Behindertensprecher der Parteien halten es ebenso, Wirtschafts-, Apotheker-, und Ärztekammer mauern, und Landeshauptleute fürchten bei der Einführung von Barrierefreiheit um die *Wirtshauskultur* [2].“

Der Dozent schrieb in sein Notizbuch. Groll fuhr fort:

„Im Jänner 2016 trat nach einer zehnjährigen Übergangszeit eine EU-Richtlinie bezüglich der Barrierefreiheit von Verkehrsmitteln und öffentlich zugänglichen Gebäuden in Kraft, aufgeschreckt wandten sich viele Gastwirte an die Wirtschaftskammer<sup>[3]</sup>, sie befürchteten Kosten und Strafen. In beiden Fällen konnte die Kammer beruhigen, wer nicht nachrüstet, hat in der Realität nichts zu befürchten. Sie veranstaltet Kurse, in denen die Gastwirte beruhigt werden, auch bei fehlender Nachrüstung drohe keine Gefahr. Der Grund dafür liegt darin, dass die gesetzliche Ausgestaltung der Barrierefreiheit den

Mitgliedsstaaten selbst überlassen wurde. Auch hier schoss Österreich den Vogel ab. Als einziges Land auf der Welt haben wir ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das kein zwingendes Beseitigungsgebot für den diskriminierenden Tatbestand vorsieht, die Stufe oder die zu schmale Tür muss *nicht* beseitigt werden. Einzig die Feststellung einer stattgefundenen Diskriminierung kann bei einer umständlich bürokratischen und zeitaufwendigen Schlichtung erreicht werden. Im Grunde genommen könnte man jeden Tag eine neue Schlichtung in derselben Sache einbringen, die aber wieder folgenlos bliebe. Zur Volksbelustigung wurde das unsägliche Gesetz noch mit dem großspurigen Namen *Bundesbehindertengleichstellungsgesetz* versehen. Was in anderen Staaten längst bewährte gesellschaftliche Praxis ist, einklagbare, transparente und mit nennenswerten Sanktionen versehene Gesetze zur staatsbürgerlichen Gleichstellung behinderter Menschen, bleibt in Österreich ein Traum.“

„In *Licht ins Dunkel* erscheint die Welt der behinderten Menschen voll Liebe, Fürsorge und Förderung“, warf der Dozent ein.

„Die Mitleidsorgie ist hauptverantwortlich dafür, dass das gesellschaftliche Bild von behinderten Menschen in den Kitsch gezerzt wird“, setzte Groll fort. „In den Pflegeheimen Österreichs schufteten viele Tausende behinderte Menschen vierzig Stunden in der Woche und bekommen dafür 40 Euro im Monat!, in Teilen Kärntens nicht einmal das, man muss ja die Pleite der Landesbank finanzieren. Die geschützten Werkstätten, einst geschaffen, um den Übergang behinderter Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern, erweisen sich als Gefängnisinseln. Wer einmal dort landet, kommt nie wieder weg. Kein Wunder, dass die reale Arbeitslosigkeitsrate behinderter Menschen, die vor zwanzig Jahren dreißig Prozent betrug, nunmehr bei fünfzig Prozent angelangt ist. Vier Fünftel aller Betriebe weigern sich, behinderte Menschen – trotz beträchtlicher Förderungen – einzustellen. Die Höhe der verschämte *Ausgleichstaxe* genannten Möglichkeit, so nennt sich

der Freikauf von der Einstellungsverpflichtung, ist ein schlechter Witz. Auf Initiative des ÖVP-Behindertensprechers Huainigg wurde vor Jahren der etwas bessere Kündigungsschutz behinderter Arbeitnehmer abgeschafft, es hieß, die Unternehmen würden dann mehr Behinderte einstellen. Das Gegenteil war der Fall. Kein Wort des Bedauerns oder der Entschuldigung. Auch die Dachorganisation der Behindertenverbände machte bei der Verarschung der behinderten Menschen mit.

„Wer solche Vertreter hat, braucht sich über Feinde einer autonomen Behindertenbewegung nicht zu beschweren.“

„Die SPÖ-Bildungsministerin schlägt nun allen Ernstes vor, die Sonderschulen auszubauen, das sei die wahre Inklusion. Was sagt die UNO? Sie fordert ausschließlich die gemeinsame Beschulung aller Kinder, wie es in Südtirol seit vierzig Jahren oder im Bezirk Reutte längst funktionierende Praxis ist. Wurde schon gesagt, dass Österreich als erster Staat der Welt die UN-Behindertenkonvention unterzeichnete? Es handelt sich also um gültiges Völkerrecht.“

„Und in der Praxis geschieht das Gegenteil dessen, was die Weltgemeinschaft nach langwierigen Verhandlungen mit Österreichs Zutun beschlossen hat. Das ist wohl der Gipfelpunkt der Heuchelei.“ Der Dozent klappte sein Notizbuch zu.<sup>[4]</sup> Plötzlich wurde Groll auf etwas aufmerksam.

„Schauen Sie nur! Da steht der Bundeskanzler im Tor des Kanzleramts.“ Der Dozent erhob sich. „Tatsächlich. Er überlegt.“

„Er prüft, wie er unfallfrei zwischen Baugerümpel und Baugruben durchkommt.“

„Jetzt schickt er einen Mitarbeiter vor.“ „Er kommt durch. Jetzt hat er es geschafft. Guter Mann.“

„Er gibt dem Kanzler ein Zeichen.“

Herr Groll stemmte sich im Rollstuhl hoch. „Hoffentlich geht das gut.“ Unsicheren Schritts tastete sich der Bundeskanzler zwischen den Laufgräben Richtung Hofburg vor.

# Im Nachdenken

**A**ngesichts der Entwicklungen seit den 1990er Jahren in den Feldern der Integrations- und Migrationspolitiken in Österreich, vor allem in Anbetracht der wachsenden Verschränkung dieser mit sprachpolitischen Maßnahmen, entschieden wir uns, in diesem Textbeitrag die Konsequenzen dieser Politiken für die Arbeit im Feld **Deutsch als Zweitsprache und Alphabetisierung** mit Migrant\*innen und Refugees in der Erwachsenenbildung zu thematisieren.



Beunruhigt durch die Tatsache, dass manche staatlichen Politiken durch mehrere im Feld der Erwachsenenbildung mit Migrant\*innen tätige Organisationen letztendlich umgesetzt und vollzogen wurden und werden, fragen wir uns nach möglichen Positionierungen und Aufgaben, die wir als Professionelle im Feld *Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Alphabetisierung* mit erwachsenen Migrant\*innen und Refugees übernehmen bzw. in den letzten Jahren übernehmen hätten können, um der

stets wachsenden Instrumentalisierung unseres Arbeitsfelds im Sinne restriktiver Integrations- und Migrationspolitiken Widerstand zu leisten. Wir fragen nach, wir denken nach, ohne den Anspruch auf Antworten.

## Die Sprachbildung und das Management

Aus der Verschränkung von Sprach-, Migrations- und Integrationspolitiken wurden in den vergangenen Jahren in Österreich kontinuierlich

rechtliche Regelungen implementiert, die den Erwerb der deutschen Sprache mit Vorschriften und Sanktionen verbinden. Mit dem sogenannten Integrationspaket, Teil des am 1. Jänner 2003 unter der ÖVP-FPÖ-Regierung in Kraft getretenen Ausländerpakets, wurde die Integrationsvereinbarung eingeführt. Für das Nicht-Erfüllen der Verpflichtung sah das Gesetz Sanktionen vor, die bis hin zum Verlust der Aufenthaltsgenehmigung führen konnten. Gleichzeitig wurde die Einreise von „Schlüsselarbeitskräften“ erleichtert.<sup>[1]</sup> Im Jahr 2006 trat das von der schwarz-blauen

<sup>[1]</sup> Vgl. Demokratiezentrum (2015): Arbeitsmigration nach Österreich in der Zweiten Republik. Unter: <http://www.demokratiezentrum.org/wissen/timelines/arbeitsmigration-nach-oesterreich-in-der-zweiten-republik.html> (Stand: 20.09.2017)



Regierung gemeinsam mit der SPÖ beschlossene „Fremdenrechtspaket“ in Kraft, das die Verpflichtungen der Zuwander\*innen im Rahmen der „Integrationsvereinbarung neu“ erweiterte.<sup>[2]</sup> Im Jahr 2011 ersetzte die Rot-Weiß-Rot-Karte das bis dahin geltende Quotensystem bei der Zuwanderung nach Österreich.<sup>[3]</sup> Diese Regelung sieht für besonders hochqualifizierte Arbeitskräfte, für Fachkräfte in Mangelberufen und für selbstständige Schlüsselkräfte aus Drittstaaten sowie für Studienabsolvent\_innen einer österreichischen Hochschule einen besonderen Zugang zum Aufenthaltstitel und zum Arbeitsmarkt vor.<sup>[4]</sup>

Mit dem aktuellen Integrationsgesetz treten nicht nur strengere Regelungen bei der Integrationsvereinbarung für Drittstaatsangehörige in Kraft, sondern auch neue gesetzliche Integrationsverpflichtungen für anerkannte Flüchtlinge. Die Sanktionen bei sogenannter Integrationsverweigerung sind weitreichend und umfassen beispielsweise Kürzungen und/oder Streichung der Mindestsicherung bzw. der Notstandshilfe und des Arbeitslosengeldes. Integrationsbeirat, Integrationsmonitoring und Integrationsforschungs koordinationsstelle werden eingerichtet. „Die Behörde“ kann „feststellen“, dass

der/die Betroffene „trotz Vorliegen eines Nachweises (...) das Modul eins der Integrationsvereinbarung mangels erforderlicher Kenntnisse (...) nicht erfüllt hat“. Bessere Kontrolle und strengere Strafen: So wird das Gesetz auch beworben.<sup>[5]</sup>

Deutsch- und darüber hinaus auch Schriftsprachkenntnisse werden in den gesetzlichen Regelungen immer mehr als Selektionsinstrumente im Rahmen einer von einem Managementansatz geleiteten Migrationspolitik eingesetzt. Der angekündigte „Wettbewerb um die besten Köpfe“<sup>[6]</sup> im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung im deutlichen Einklang mit EU-Richtlinien verdeutlicht beispielhaft den vorherrschenden Charakter des Migrationsmanagements auch im Verschränkungsfeld Sprach- und Integrationspolitik.

Wie im *Strategy Document* der Internationalen Organisation für Migration<sup>[7]</sup> formuliert wird, muss Migration gemanagt werden, damit ihre Vorteile maximiert und ihre negativen Folgen minimiert werden können. Die Priorisierung der Kosten-Nutzen-Logik im Vorhaben der Steuerung von Migration und

<sup>[2]</sup> ÖIF (2005): Integrationsvereinbarung 2006. Unter: <http://www.okay-line.at/file/656/informationsblattzuriv-deutsch.pdf> (Stand: 20.9.2017)

<sup>[3]</sup> Medien-Servicestelle. Neue Österreicher/innen (2011): Neuere österreichische Migrationsgeschichte. Unter: [http://medienservicestelle.at/migration\\_bewegt/2011/05/25/neue-osterreichische-migrationsgeschichte](http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2011/05/25/neue-osterreichische-migrationsgeschichte) (Stand: 20.9.2017)

<sup>[4]</sup> Bundesministerium für Inneres / Sozialministerium (o.J.): <http://www.migration.gv.at/de/formen-der-zuwanderung/dauerhaftezuwanderung/sonstige-schlueselkraefte> (Stand: 20.9.2017)

<sup>[5]</sup> BMEIA (2017): Integrationsgesetz im Ministerrat beschlossen. Unter: [https://www.bmeia.gv.at/das\\_ministerium/presse/aussendungen/2017/03/integrationsgesetz-im-ministerrat-beschlossen](https://www.bmeia.gv.at/das_ministerium/presse/aussendungen/2017/03/integrationsgesetz-im-ministerrat-beschlossen) (Stand: 20.9.2017)

<sup>[6]</sup> Bundeskanzleramt (2013): Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013-2018. Erfolgreich. Österreich. S. 29. Unter: <http://archiv.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=53264> (Stand: 20.9.2017)

<sup>[7]</sup> IOM - International Organization for Migration (2007): IOM Strategy. S. 3. Unter: [https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about\\_iom/docs/res1150\\_en.pdf](https://www.iom.int/jahia/webdav/shared/shared/mainsite/about_iom/docs/res1150_en.pdf) (Stand: 20.9.2017)



NGOs ziehen in Seenot geratene Flüchtlinge aus dem Wasser und werden dafür kriminalisiert. Eine **Radio-Stimme-Nachlese** von **Julia Hofbauer**.



Integration führt zur Abschottung, zur Ausgrenzung, zur Verstärkung der kapitalistischen Ausbeutungsmechanismen, zur Fortsetzung ungleicher gesellschaftlicher Verhältnisse und vor allem zum Tode Tausender Menschen auf der Suche nach einem Leben abseits von Armut und/oder Gewalt.

Die aktuellen Antworten der österreichischen Regierung auf die Fragen der Integration derjenigen, denen es gelungen ist, lebendig hier anzukommen, sind vor allem durch die Implementierung von Wertekursen, von Sprach- und neuerlich von Werte-Prüfungen sowie durch eine verstärkte Betonung des Erwerbs von Deutschkenntnissen als Fundament und Voraussetzung für Integration gekennzeichnet. Verstärkte Förderung von Deutschkursen wird versprochen und teilweise umgesetzt, andere dazugehörige Ziele wie die Bekämpfung von rassistischer und sexistischer Segregation des Arbeitsmarktes und des Bildungssystems sowie der Ausschlüsse durch gesetzliche Regelungen geraten aus dem Blick aktueller Integrationspolitik.

Wir betrachten sowohl die Einführung der Integrationsvereinbarung als auch die Einreiseerleichterung für Schlüsselarbeitskräfte als

mindestens Teilergebnisse einer dominierenden Kosten-Nutzen-Logik in der Migrations- und Integrationspolitik der letzten Jahrzehnte in Österreich. Es handelt sich um eine selektive Migrationspolitik, die prioritär die Bedürfnisse des österreichischen Arbeitsmarktes und Wirtschaftsstandortes berücksichtigt. Eine Migrationspolitik, die nach Maßgabe ökonomischer Interessen geplant und umgesetzt wird, und die nicht abgekoppelt von transnationalen wirtschaftlichen Strategien und Entwicklungen zu betrachten wäre:

„Die zunehmende internationale Spezialisierung und die Verlagerung der Produktion von Beschäftigungsbereichen mit geringen Anforderungen an die Qualifikationen der Arbeitskräfte in weniger entwickelte Länder veranlasste viele OECD-Staaten, die Migrationspolitik an diese Veränderungen anzupassen und sie auf qualifizierte Arbeitskräfte auszurichten (Biffel, 1999, 2002).“<sup>[8]</sup>

Unsere Beobachtungen lassen das Feld DaZ und Alphabetisierung für erwachsene Migrant\*innen mehrheitlich als einen Raum der hegemonialen Zurichtung erscheinen. Die von der österreichischen Regierung verordneten Werte- und Orientierungskurse für Refugees und Drittstaatsangehörige bilden grund-

sätzlich kein Novum im Feld. Werteproofungen wurden zwar erst durch das aktuelle Integrationsgesetz 2017 eingeführt, Wertevermittlung im Sinne eines Zivilisierungsprojektes, das Grundzüge einer Kolonialpädagogik trägt, findet jedoch nicht erst seit Dezember 2015 statt, als die Wertekurse im Anschluss an den „Sommer der Migration“ in Österreich implementiert wurden. Das Neue daran bezieht sich vor allem auf die explizite Benennung der verfolgten Ziele. Unter Einbeziehung des interkulturellen Ansatzes, der seit den 1990er Jahren im Feld DaZ etabliert ist, wurde eine Praxis befördert, die die Aufmerksamkeit von strukturellen Problemen abzieht und sie auf externe, kulturelle Determinanten lenkt. Nicht von Wertevermittlung war die Rede, sondern von kulturellen Differenzen und von Anerkennung von Differenzen. Lernende Migrant\*innen erzählen über ihre „kulturellen Eigenheiten“ und erfahren, was „das Österreichische“ ausmacht und welche Normen des Zusammenlebens hier gelten. Ein normativer und erzieherischer Impetus, der sich als Kontinuität kolonialer Praxen entlarvt, war und ist immer noch charakteristisch für das Feld. Die bereits 2007 von Kien Nghi Ha formulierte Kritik an der Integrationskursverordnung in Deutschland als Kontinuität der kolonialen Pädagogik<sup>[9]</sup> erweist sich hier in Österreich heute als dringend angebracht. Die Beschäftigung mit der normativen Dimension der Arbeit in diesem Feld und dem Entwurf von Handlungsperspektiven für Erwachsenenbildner\*innen, betrachten wir – in *das kollektiv* und in *maiz* – als dringend fällig.<sup>[10]</sup>

<sup>[8]</sup> WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (2008): Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007, S. 1. Unter: [https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/4/4/CH3434/CMS1459842377544/06\\_die\\_oeconomischen\\_wirkungen\\_der\\_immigration\\_in\\_oesterreich.pdf](https://www.sozialministerium.at/cms/site/attachments/5/4/4/CH3434/CMS1459842377544/06_die_oeconomischen_wirkungen_der_immigration_in_oesterreich.pdf) (Stand: 20.9.2017)

<sup>[9]</sup> Kien Nghi Ha (2007): Deutsche Integrationspolitik als koloniale Praxis. In: Kien Nghi Ha/Lauré al-Samarai, Nicola/Mysorekar, Sheila (Hg.): *re/visionen. Postkoloniale Perspektiven von People of Color auf Rassismus, Kulturpolitik und Widerstand in Deutschland*. Unrast. Münster, S. 113-128.

<sup>[10]</sup> maiz (Hg.) (2014): *Deutsch als Zweitsprache. Ergebnisse und Perspektiven eines partizipativen Forschungsprozesses. Reflexive und gesellschaftskritische Zugänge. [d\_a\_] Curriculum für die Erwachsenenbildung: Deutsch als Zweitsprache im Dissens*. Unter: [http://www.maiz.at/sites/default/files/images/deutsch-als-zweitsprache\\_www-2.pdf](http://www.maiz.at/sites/default/files/images/deutsch-als-zweitsprache_www-2.pdf) (Stand: 20.9.2017)

Denn als dringend auffällig erscheint uns die Parallele zu Bildungspraxen in anderen geschichtlichen Momenten, sowohl aus kolonialen Geschichten als auch aus der Geschichte totalitärer Regierungen.

---

## Was tun?

---

Unter anderem mit Bezug auf Gramscis Konzept von Zivilgesellschaft laden wir spätestens seit der Einführung der Integrationsvereinbarung unsere Kolleg\_innen im Feld DaZ und Alphabetisierung in der Erwachsenenbildung zu einer Auseinandersetzung mit unseren jeweiligen ethischen, politischen und professionellen Haltungen ein. Denn wenn rechtliche Bestimmungen und staatliche Politiken als Institutionalisierungen sozialer Kämpfe und daraus entstandener Kompromisse zu betrachten sind<sup>[11]</sup>, wenn die Zivilgesellschaft das Terrain ist, in dem die Hegemonie unterstützt und/oder angefochten werden kann, wenn die Zivilgesellschaft also als Kampfplatz zu begreifen ist<sup>[12]</sup>, dann stellen wir damals und stellen heute erneut die Frage: Welche Risse könnten in die Hegemonie unterstützenden Konsens erzeugt werden, wenn sich Bildungseinrichtungen und Professionelle im Feld DaZ weigern würden, die geltende Gesetzgebung zu stützen, wenn sie keine Integrationskurse anbieten und keine Integrationsprüfungen abnehmen würden?

Dann stellen wir damals und stellen heute erneut die Frage, diesmal in Anlehnung an Paulo Freire: In wes-

sen Interesse arbeiten wir im Feld DaZ in der Erwachsenenbildung? Dann stellten wir damals und stellen heute erneut die Frage, jetzt in Anlehnung an Gayatri C. Spivak: Was ist denn das, was wir nicht nicht wollen können?

---

## 2017: Lehrende organisieren sich

---

Wir beenden diesen Beitrag mit der erfreulichen und ermutigenden Botschaft der endlich stattfindenden widerständigen Organisation der DaZ- und Alphabetisierungslehrenden in Österreich.

Im Rahmen einer Veranstaltung der *Universität der Ignorant\_innen*<sup>[13]</sup> zur aktuellen „Wertedebatte“ bildete sich eine Gruppe von DaZ- und Basisbildungslehrenden, die sich seitdem regelmäßig (in Wien) trifft, um widerständige Strategien in Bezug auf die Eingriffe in die Bildungsarbeit zu diskutieren, zu entwerfen und umzusetzen.

Angesichts der Feststellung, dass vor allem DaZ- und Alphabetisierungskurse immer mehr Materie der Sicherheit und immer weniger der Bildung werden, vermittelte die Gruppe ihre zentralen Positionen und Forderungen in einer ihrer ersten Aussendungen als Reaktion auf das neue Integrationsgesetz und gleichzeitig als Einladung an andere Lehrende zur Beteiligung am Organisationsprozess:

„Wir sind Lehrer\_innen, keine Werte- oder Sprachpolizist\_innen!  
Und wir wollen nicht verlängerter Arm dieser Politik sein!“<sup>[14]</sup>

Die Organisierung und öffentliche Positionierung der Lehrenden bilden einen wichtigen Schritt, jedoch wissen wir, dass Lehrende im Feld der Sprach-, der Erwachsenenbildung bzw. der Basisbildung mit erwachsenen Migrant\*innen und Refugees einer Berufsgruppe angehören, die oft unter prekären Bedingungen arbeitet. Lehrende sind meistens den Entscheidungen von Leitenden in den Bildungseinrichtungen ausgeliefert und haben kaum Verhandlungsspielraum – dem gegenüber positionieren sich ebenfalls die am Organisationsprozess beteiligten Lehrenden<sup>[15]</sup>.

Eine Strategie zur Veränderung der Leitungspraxis in vielen Erwachsenenbildungseinrichtungen, die sich auffallend als vollziehende Instanzen der gesetzlichen Regelungen entfalten, ist im Zusammenhang mit den Forderungen der Lehrenden ebenso dringend notwendig.

Abschließend eine Anmerkung: Es ist einiges schiefgelaufen. Ein langer und holpriger Weg steht noch vor uns.

---

Rubia Salgado ist als Erwachsenenbildner\_in und Autor\_in in selbstorganisierten Kontexten tätig. Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt im Feld der kritischen Bildungsarbeit in der Migrationsgesellschaft. Sie absolvierte ein Lehramtsstudium in Brasilien und ist Mitbegründerin der Selbstorganisation *maiz*. Seit 2015 arbeitet sie im neuen Verein *das kollektiv. kritische bildungs-, beratungs- und kulturarbeit von und für migrant\*innen* in Linz, der seit November 2015 die Bildungsaktivitäten des Vereins *maiz – Autonomes Zentrum von & für Migrantinnen* weiterführt.

*das kollektiv* ist ein Ort der kritischen Bildungsarbeit. Geleitet von rassistuskritischen und queer-feministischen Perspektiven und Zielen konzipieren und realisieren wir Basisbildungskurse und Lehrgänge zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses für erwachsene Migrant\*innen und Refugees. Wir bilden Basisbildungslehrende aus und führen Entwicklungs- und Forschungsprojekte durch. In *das kollektiv* arbeiten Menschen, die Veränderungen ungleicher Verhältnisse in der Gesellschaft anstreben. Menschen aus unterschiedlichen geografischen und sozialen Orten.

<sup>[11]</sup> Ulrich Brand (2004): Was ist eigentlich Hegemonie? In: taz online vom 20.09.2004, Lexikon der Globalisierung. Unter: <http://www.taz.de/1697314> (Stand: 20.9.2017)

<sup>[12]</sup> Peter Mayo (2007): Politische Bildung bei Antonio Gramsci und Paulo Freire. Perspektiven einer veränderten Praxis. Argument Verlag: Hamburg, S. 43.

<sup>[13]</sup> <http://maiz.at/de/story/2016/maiz-kultur/call-zur-kritischen-wissensproduktion-zum-thema-werte>. Die Veranstaltung wurde von *maiz* und *das kollektiv* in Linz im April 2017 organisiert.

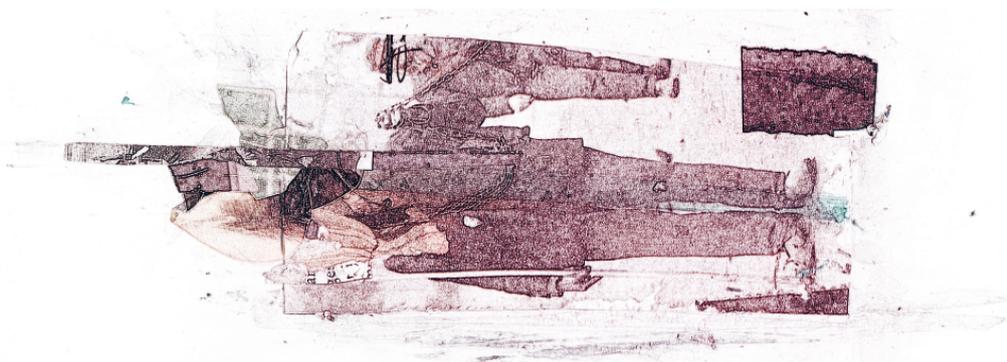
<sup>[14]</sup> IG Arbeitsbedingungen Basisbildung, DaZ, DaF, DaE (2017): Lehrende in DaZ- und Integrationskursen fordern: Hände weg von der Bildung! Unter: <https://igdazdafbasisbildung.noblogs.org/files/2017/05/Haende-weg-von-der-bildung.pdf> (Stand: 20.9.2017)

<sup>[15]</sup> Siehe Beiträge auf <https://igdazdafbasisbildung.noblogs.org/aktuell/> zu Arbeitsbedingungen im Feld; siehe auch Text der Arbeitsgruppe "Basisbildung als Beruf" unter: [https://netzwerkmika.at/download\\_file/view/481/236](https://netzwerkmika.at/download_file/view/481/236) (Stand: 20.9.2017)

# Geschichtsvergessenheit und Rechtfertigung für Hass

## Vergegenwärtigung: BDS und Pinkwashing

**B**DS – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegen Israel – geht auf einen Aufruf der Palästinensischen Zivilgesellschaft von 2005 zurück, dem sich weltweit Organisationen anschlossen, u. a. auch in Deutschland und Österreich.<sup>[1]</sup> Der Vorwurf des Pinkwashing unterstellt Israel, durch die liberale Gesetzgebung gegenüber LGBT-Personen von Menschenrechtsverletzungen gegen Palästinenser\_innen abzulenken und als Urlaubsziel für LGBTs zu werben. Die prominentesten Vertreter\_innen der BDS-Bewegung sind Judith Butler, Jasbir Puar, Angela Davis und Slavoj Žižek.<sup>[2]</sup>



Als ich 1954 geboren wurde, hatte mein Vater seine Familie im Holocaust verloren. Sie alle wurden vergast. Er überstand die antisemitische Hetze und die Pogrome der stalinistischen Jahre, in denen die Verfolgung der Überlebenden aufgrund vorgeblicher Nähe zum Kapitalismus und zu Israel in Gerichtsprozesse verwickelt wurden. Die Anklagen lauteten: zionistische Umtriebe, Spionage für Israel, „bürgerliche Elemente“ zu sein. Auch meine Mutter hatte Glück, mit dem Tod Stalins war in der DDR dem Spuk ein Ende gesetzt. Juden und Jüdinnen galten als Kosmopoliten, als Agenten Israels und Amerikas.

Schon zu jener Zeit entwickelte sich analog zur internationalen Linken eine antizionistische Haltung, die den Antisemitismus leugnete. Eine öffentliche antizionistische Haltung bedeutete in den Staaten des Ostblocks eine positive Haltung zur Sowjetunion. Dies entwickelte sich parallel zur Abwendung der UdSSR von Israel. Israel galt zunächst als möglicher Verbündeter im Kampf zwischen Ost und West, war doch die Arbeiterbewegung in der sozialistischen Bewegung des Zionismus stark vertreten. Dies änderte sich jedoch, als klar wurde, dass Israel sich zu einer westlichen Demokratie entwickelte. Fortan koalierte die Sowjetunion

mit den arabischen Staaten und änderte ihre Argumentation gegenüber Israel.<sup>[3]</sup> Sah die UdSSR zunächst die Zweistaatenlösung als Gewinn auch für die arabischen Palästinenser, erklärte das Zentralkomitee der KPdSU 1971, der Zionismus sei keine – wie bisher argumentiert – nationale Strömung der Juden, sondern eine „klassenkämpferische Kraft, die den Interessen aller Werktätigen entgegensteht“.<sup>[4]</sup>

1983 wurde in der Sowjetunion das Antizionistische Komitee gegründet, das den Zionismus als eine „gefährliche Abart der bürgerlichen Ideologie“ und ein Instrument der Bourgeoisie bezeichnete, weil er den „Anspruch der nationalen Exklusivität, des ausgewählten Volkes“ beinhalte. Seit dem Einmarsch Israels in den Libanon 1982 sei überdies deutlich geworden, dass der Zionismus „die Ideen und Methoden des Hitlerfaschismus wiederbelebt“ und seine angeblichen Verbrechen denen der Nationalsozialisten und Faschisten gleichen.<sup>[5]</sup>

<sup>[1]</sup> <http://bds-kampagne.de/aufruf/aufruf-der-palstinensischen-zivilgesellschaft/>  
<http://bds-kampagne.de/2013/02/21/die-position-der-bds-bewegung-zum-boykott-von-individuen/>  
(Stand: 11.9.2017)

<sup>[2]</sup> <https://lizaswelt.net/2016/01/30/eine-verschwörungstheorie-namens-pinkwashing; 22. Januar 2016> (Stand: 11.9.2017)

<sup>[3]</sup> Vgl. Wassili Grossmann, Ilja Ehrenburg, Arno Lustiger (1995): Das Schwarzbuch. Der Genozid an den sowjetischen Juden. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt

<sup>[4]</sup> Wolfgang Benz (2007): Die Protokolle der Weisen von Zion. Die Legende von der jüdischen Weltverschwörung. München: C.H. Beck, S. 29.

<sup>[5]</sup> Vgl. Henryk M. Broder (2006): Der ewige Antisemit, 2. Auflage. Frankfurt am Main: Fischer.

Die antizionistische Haltung gegenüber Israel wurde zur Staatsräson. Während die Pässe von Juden und Jüdinnen in der Sowjetunion mit einem „J“ versehen waren, kam es 1968 zu Pogromen und Vertreibungen in Polen. Gegen Ende der DDR in den 1980er Jahren änderte sich die Haltung: Die DDR strebte Handlungsbeziehungen mit den USA an und lag der bis heute gängigen Verschwörungstheorie der mächtigen weltweiten jüdischen Wirtschaftslobby auf. Die DDR brüstete sich als Heimat aller Juden und Jüdinnen: Vertreter des Jüdischen Weltkongresses wurden eingeladen; der Jüdischen Gemeinde wurden Räume zur Verfügung gestellt (die Treffen fanden unter Aufsicht der Staatssicherheit statt). Kontakte in den Westen wurden gefördert. Man wollte jüdisches Leben wiederbeleben. Aber das ist schon eine andere Geschichte.<sup>[6]</sup>

In Westberlin erlebte ich in linken und feministischen Gruppen Antisemitismus, der sich u. a. als antizionistische Haltung tarnte und durch die Infragestellung der Gleichzeitigkeit jüdischer Lebensweisen und feministischer Haltungen. Wie in der DDR war es besser, sein Jüdisch-Sein nicht zu erwähnen.<sup>[7]</sup>

Indem ich dies schreibe und versuche, zu verstehen, wie ein mörderisches Vorurteil meine Familie und mich traf und trifft, über die Zeiten hinweg sich wandelnd und anpassend, und

in verschiedenen Verkleidungen weiterlebt, wird auf einer Veranstaltung an der Humboldt-Universität in Berlin eine über 90jährige Frau, die den Holocaust überlebt hat, von jungen Menschen der BDS-Bewegung niedergebrüllt. Sie wird verantwortlich gemacht für die Diskriminierung von Palästinenser\_innen. Die Veranstaltung muss abgebrochen werden.<sup>[8]</sup> Während ich dies schreibe, wird Jüdinnen, die für das Existenzrecht Israels eintreten, abgesprochen, sich für Rechte von Frauen zu engagieren – „Feminismus und Zionismus ist eine unmögliche Allianz“.<sup>[9]</sup> Während ich dies schreibe, wird in den USA auf einer Demonstration für Bürger\_innenrechte von queeren Menschen jüdischen Teilnehmerinnen die Teilnahme verwehrt.<sup>[10]</sup> Während ich dies schreibe, werden jüdische Wissenschaftler\_innen von universitären Veranstaltungen ausgeladen. Während ich dies schreibe, wird ein interkulturelles Musikfestival in Berlin auf Betreiben von BDS-Deutschland boykottiert. Alle Musiker\_innen werden schriftlich aufgefordert, dem Festival fernzubleiben, weil eine Sängerin aus Israel 500 Euro Reisekosten erhielt.<sup>[11]</sup> Die Liste derartiger Vorfälle ist lang.

Eine neue Figur des Antisemitismus wird konstruiert: Neben der Installation des Bildes von weißen Juden und Jüdinnen als ursprüngliche Kolonisor\_innen – was an sich eine Geschichtsverfälschung ist, weil Juden und Jüdinnen in Europa seit dem

16. Jahrhundert in Ghettos ohne Bürger\_innenrechte lebten – wird daran gearbeitet, den Antisemitismus als eine weiße europäische Erfindung zu formen. Die Schrecknisse des Holocaust waren, ebenso wie andere Katastrophen der Menschheit, in einmaliger Weise entsetzlich. Aber den Antisemitismus zu einer eigenen Klasse zu erheben, für den ein eigener, für Antisemiten reservierter Platz in der Hölle vorgesehen ist, ist in Wahrheit eine weitere Manifestation der privilegierten Stellung der Weißen. Ferner ist es auch ein Beispiel dafür, wie Europa seine spezifischen Ängste auf die ganze Welt projiziert.<sup>[12]</sup>

Auf dem Altar antisemitischer Stereotype und Handlungen, Demagogien und ideologischer Weltbilder werden mögliche Bündnisse für Menschenrechte aller Menschen und für Pluralität geopfert. Den Vertreter\_innen des BDS und Pinkwashing ist es gleichgültig, ob – arbeitsrechtlich gleichgestellte – palästinensische Arbeiter\_innen ihre Arbeit verlieren, wie infolge des erfolgreichen Boykotts der Firma Sodastream geschehen ist.<sup>[13]</sup> Den Vertreter\_innen von Pinkwashing ist es gleichgültig, was mit Bürger\_innenrechten für queere Menschen geschieht.

Ich habe einen großen Teil meines Lebens in einer Diktatur verbracht, meine Eltern haben demokratische Strukturen nie kennengelernt, jedoch die Gewalt des totalitären Handelns. Es scheint, als würden sich die ideologischen Kräfte des kalten Krieges wieder formieren.

Was bleibt ist die alte Geschichte: der Jude, Israel, das Finanzkapital sind schuld. Es grüßen die Weisen von Zion.

Was bleibt ist auch die Freundschaft zur Welt, wie Hannah Arendt sagt, zu einer Welt, die wir miteinander teilen.

<sup>[6]</sup> Vgl. Erica Burgauer (1993): Zwischen Erinnerung und Verdrängung – Juden in Deutschland nach 1945. Hamburg: Rowohlt.

<sup>[7]</sup> Vgl. Leah Carola Czollek (2016): Sehnsucht nach Israel und Sehnsucht nach Israel – reloaded in sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik, Heft 9, Herbst 2016, Freiburg.  
Charlotte Kohn-Ley/Ilse Korotin (Hg.) (1994): Der feministische „Sündenfall“? Antisemitische Vorurteile in der Frauenbewegung, Wien: Picus-Verlag.

<sup>[8]</sup> Berliner Zeitung vom 24.6.2017. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2017/06/berlin-antisemitischer-vorfall-an-der-humboldt-uni.html> (Stand: 12.9.2017).

<sup>[9]</sup> Warum müssen sich Frauen zwischen Feminismus und Zionismus, aber keinem anderen "ismus" entscheiden? Von Alan M. Dershowitz, 31. März 2017, unter: <https://de.gatestoneinstitute.org/10140/feminismus-zionismus> (Stand: 12.9.2017).

<sup>[10]</sup> <https://lizaswelt.net/2016/01/30/eine-verschwörungstheorie-namens-pinkwashing> (Stand: 12.9.2017).

<sup>[11]</sup> <http://www.zeit.de/2017/36/boykott-israel-pop-kultur-festival-berlin> (Stand: 12.9.2017).

<sup>[12]</sup> <http://cafepalestinefreiburg.blogspot.de/2017/02/erklarung-von-professor-farid-esack-zu.html> (Stand: 12.9.2017).

<sup>[13]</sup> <http://bds-info.at/kampagnen-aktionen/sodastream> (Stand: 12.9.2017)

Leah Carola Czollek ist Leiterin des Institutes Social Justice und Diversity in Berlin.

# Exklusion in der Inklusion

## Zur Produktion von „Integrationskindern“

**I**nklusive Bildung steht für ein breites Verständnis von schulischer Teilhabe, von dem – im Sinne einer „Schule für alle“ – sämtliche Schüler\*innen profitieren sollen. In diesem Artikel wird anhand der Ergebnisse eines Forschungsprojekts gezeigt, dass ableistische, verräumlichte Praktiken von Lehrkräften in der schulischen Realität einem inklusiven Miteinander entgegenwirken.



Mit dem Begriff der Teilhabe sind im Kontext von inklusiver Bildung verschiedene Ziele verbunden: Kinder und Jugendliche sollen in Schulen, ihren individuellen Lerndispositionen entsprechend, bestmöglich gefördert werden. Differenzen sollen als Ressource und die Diversität der Schüler\*innen willkommen geheißen werden. Die Anerkennung von Verschiedenheit soll „sich positiv auf das Sozial-, Lern- und Leistungsverhalten aller Schüler/innen“ (Platte 2008: 79) auswirken.

Inwiefern diese Normen im pädagogischen Alltag auch tatsächlich praktiziert und die angesprochenen Ziele erreicht werden, bleibt empirisch jedoch eine noch zu beantwortende Frage. Gerade die Auswirkungen pädagogischer Praktiken auf das soziale Miteinander der Schüler\*innen stellt ein Thema dar, das im deutschsprachigen Raum bisher kaum erforscht wurde.

Das **Sparkling Science Projekt** „**Inclusive Spaces**“ versucht hierzu

einen Beitrag zu leisten und rückt dabei die Insiderperspektiven der Schüler\*innen in den Vordergrund. So werden an drei Wiener Neuen Mittelschulen Jugendliche aus sogenannten Integrationsklassen zu ihren Erfahrungen von Schule befragt. In diesem Artikel wird exemplarisch auf einen spezifischen Aspekt der Ergebnisse des Projekts fokussiert: Die Produktion von sogenannten „Integrationskindern“ über verräumlichte, fähigkeitsbezogene Praktiken von Lehrer\*innen.



Dazu wird sich eines Blickwinkels auf Schule bedient, der auf raumtheoretischen und ableismuskritischen Überlegungen beruht. Was ist hierunter genau zu verstehen?

Zunächst zur Bedeutung von Raum. Nach einem soziologischen Raumverständnis (vgl. Löw 2001) ist Schule nicht nur als physikalischer Behälter zu denken, in dem Handlungen stattfinden. Schule ist vielmehr auch ein Ort, an dem Subjekte verschiedene Räume durch Handlungen überhaupt erst hervorbringen – wie etwa die „Raucherecke“ oder die Aneignung eines Teils des Pausenhofs zum Fußball spielen. Von Relevanz ist nun, dass die Räume von Schule zueinander in Relation stehen. So kann davon ausgegangen werden, dass die sozialen Räume, die auf Schulhöfen entstehen, zu den Interaktionen und Praktiken, die in Klassenzimmern stattfinden, in Beziehung stehen. Ein gelingender inklusiver Unterricht würde sich demzufolge rein theoretisch dadurch auszeichnen, dass Schüler\*innen auch auf dem Pausenhof Differenz als Ressource verstehen und Diversität willkommen heißen würden.

Ableism steht wie alle „-ismen“ für eine Kritik an Machtverhältnissen – und zwar an Fähigkeitsregimen. Das Konzept wird in den Disability Studies verwendet, um zu untersuchen, welche Fähigkeitserwartungen Grausam-

keiten erzeugen sowie Abwertung und Ausschluss organisieren. Zum Beispiel die Vorstellung von „essentiellen Fähigkeiten“ (Wolbring 2008), über die jeder Mensch verfügen sollte, wie etwa lesen, schreiben, gehen, sprechen, etc. – und wie die dadurch aufgerufenen Imperative zu einer Normalisierungsfolie verschmelzen, die zur Diskriminierung beeinträchtigter Personen führt. Inklusive Bildung versucht hingegen, eine Förderung von Fähigkeit(en) anzubieten, die an den Lerninteressen und -dispositionen Einzelner anknüpft und diese individuell zur Entfaltung bringt. Wie im Folgenden gezeigt wird, finden jedoch auch in als inklusiv intendierten Unterrichtsettings ableistische Schematisierungen statt, die sich entscheidend auf die sozialen Räume der Schüler\*innen auswirken.

Im Rahmen von „Inclusive Spaces“ wurden Schüler\*innen u. a. in qualitativen Interviews dazu befragt, welche Differenzen in ihrem schulischen Alltag relevant sind. Neben genderbezogenen Differenzkonstruktionen verwiesen die befragten Schüler\*innen einer Schule relativ häufig auf „Integrationskinder“. Paulinas (Pseudonym) nachfolgendes Statement macht bereits sehr deutlich, dass es sich hierbei um eine Konstruktion handelt, die über spezifische pädagogische Praktiken hergestellt wird: „Es wurde halt – ähm – in den Unterrichts-

stunden eh schon gemerkt, wer nicht so schnell mitkommt, und wer – halt – ein Integrationskind ist und die haben sie dann rausgesucht und haben eine Extragruppe gemacht.“ Die im Interviewausschnitt unter „sie“ subsumierten Lehrerinnen werden mit identifizierenden und selektierenden Tätigkeiten in Verbindung gebracht. Unterricht erscheint dabei als Prozess, in dem vermeintlich „natürlich“ erkennbar wird, wer bestimmten schulischen Fähigkeitserwartungen nachkommen kann und wer nicht. Schüler\*innen, die nicht über die erforderlichen „normalen“ Fähigkeiten verfügen, werden gruppiert und mit der Etikettierung „Integrationskind“ versehen. So entsteht das Bild von zwei sich gegenüberstehenden, scheinbar homogenen Blöcken: die aus „Integrationskindern“ bestehende „Extragruppe“ und die restlichen Schüler\*innen, zu denen auch Paulina sich zählt.

Eine andere Schülerin derselben Klasse, Dragana (Pseudonym), bestätigt diese Konstruktionslinie in einem weiteren Interview: „Die Integrationskinder werden halt / genau in Mathe oder Englisch oder Deutsch gehen die halt mit der Frau Horak mit [...] und sie lernen leichtere Sachen als wir.“ Schüler\*innen mit der Zuschreibung Sonderpädagogischer Förderbedarf, die auch von Dragana als „Integrationskinder“ bezeichnet werden, verfügen nicht über die gleichen schulischen Fähigkeiten („lernen leichtere Sachen“) wie der Rest der Klasse. Phasenweise werden diese in einen anderen Raum transferiert, der durch differente Leistungsansprüche charakterisiert ist. Durch eine temporäre Exklusion wird die Zweiteilung der Schüler\*innenschaft also tagtäglich wiederaufgeführt und symbolisch verfestigt.

Wie deutlich geworden sein dürfte, sind die ausgewählten Interviewpassagen, die vielleicht auf den ersten Blick wenig problematisch erscheinen, von einer grundlegenden fähigkeitsbezogenen Denkstruktur durchzogen. Deren Auswirkungen auf die Sozialität zwischen Peers wird jedoch erst ersichtlich, wenn man die von den

Schüler\*innen im Rahmen des Projekts angefertigten sozialen Landkarten von Schule in den Blick nimmt: Hier wurden die Jugendlichen eingeladen, „Maps“ ihrer Schulanlagen zu zeichnen und darauf zu markieren, „wer mit wem wo abhängt“. Hält man die verschiedenen Landkarten der einzelnen Schüler\*innen übereinander, so bildet sich eine Reproduktion der im Unterricht vorgenommenen fähigkeitsbezogenen Gruppierungen auf dem Pausenhof ab: Die so genannten „Integrationskinder“ frequentieren demnach Gebiete des Schulhofs, die eigentlich eher von Schüler\*innen aus jüngeren Jahrgängen der Schule genutzt werden – und sich im Schutz versprechenden, unmittelbaren Sichtfeld der Pausenhof-Aufsicht befinden. Sie scheinen dort „untereinander“ zu bleiben, stehen in Kleingruppen zusammen. Die übrigen Schüler\*innen suchen hingegen jene Orte auf, die schwer einsehbar sind – und auch sie reproduzieren die beschriebene Gruppierungsordnung.

Wie deutlich geworden sein sollte, handelt es sich bei der beschriebenen, in österreichischen Schulen durchaus häufig praktizierten Form des „ability grouping“ um eine verräumlichte schulische Praktik, die relativ wenig mit dem Anspruch zu tun hat, Schüler\*innen individuell zu fördern. Vielmehr reproduziert die phasenweise Separation von Lerner\*innen den „ableist divide“ (Campbell 2009) tagtäglich und schreibt ihn in die Subjektivitäten der Schüler\*innen ein. Fähigkeitserwartungen bestimmen dabei nicht nur die Strukturen des Unterrichts, sondern auch die weiteren Relationen zwischen den Peers.

Um die hier beschriebenen, problematischen Effekte zu bearbeiten und den Grundsätzen inklusiver Bildung auch in der Praxis gerecht werden zu können, braucht es einerseits entsprechende personale Ressourcen und Klassenstrukturen, andererseits eine Professionalisierung, die Lehrer\*innen Wissen und Können

vermittelt, um eine differenzsensible, individuelle Förderung tatsächlich zu bewerkstelligen. Die simple physische Integration von Schüler\*innen mit kognitiven Beeinträchtigungen in ein unberührt gelassenes meritokratisches Bildungssystem kann hingegen zu der aufgezeigten, pädagogisch getarnten, institutionellen Diskriminierung führen.

## Literatur

Campbell, Fiona Kumari (2009): *Contours of Ableism*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Löw, Martina (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Platte, Andrea (2008): *Inklusive Bildungsprozesse – Teilhaben am Lernen und Lehren in einer Schule für alle*. In: Rihm, Thomas (Hg.): *Teilhaben an Schule. Zu den Chancen wirksamer Einflussnahme auf Schulentwicklung*. Wiesbaden: VS-Verlag, 39–52.

Wolbring, Gregor (2008): *The Politics of Ableism*. In: *Development*, 51, 252–258.

Tobias Buchner arbeitet als Senior Researcher bei **queraum.kultur- und sozialforschung**. Seine wesentlichen Forschungsschwerpunkte sind inklusive Bildung, Intersektionalität, Raum und Inklusion sowie Schüler\*innenbiografien.

Die Grüne Bildungswerkstatt Minderheiten unterstützt die Europäische Bürgerinitiative

# Minority SafePack



In Vielfalt geeint  
Motto der Europäischen Union



„Meine Sprache ist Teil  
der Vielfalt Europas!“

<http://www.minority-safepack.eu>

# Schiffbruch der Menschenrechte

**A**uch dieses Jahr ertrinken Menschen im Mittelmeer, die vor Krieg und Armut nach Europa flüchten. Anstatt legale Fluchtmöglichkeiten zu schaffen, überbieten sich die europäischen Regierungen mit Abschottungsphantasien. Gleichzeitig versuchen NGOs, zumindest das Sterben im Mittelmeer zu beenden, indem sie in Seenot geratene Refugees aus dem Wasser ziehen.



„Wie kann es sein, dass so viele Menschen vor unserer Haustüre sterben und es scheinbar niemanden gibt, der etwas dagegen tun möchte?“ fragten sich Titus Molkenbur und seine Mitstreiter\_innen im Oktober 2015. Sie wollten nicht länger zusehen wie Refugees bei ihrer Flucht im Mittelmeer ertrinken und gründeten die NGO *Jugend Rettet*. Seither betreiben sie zivile Seenotrettung.

Wie kam es aber dazu, dass die Seenotrettung im Mittelmeer von zivilen Organisationen übernommen wurde?

Die Gefahren auf der Fluchtroute von Libyen nach Italien über das Mittelmeer sind seit 2013 verstärkt in den Medien. Damals sank ein Schiff mit über 500 Refugees vor der

Insel Lampedusa, fast 400 starben. Viele europäische Politiker\_innen waren betroffen und alarmiert. Die Folge war die Einrichtung der italienischen Rettungsmission, *Mare Nostrum*. Sie operierte in internationalen Gewässern bis vor die Küste Libyens und konnte laut UNHCR etwa 150.000 Menschen in Seenot retten. Schon damals meinten Kritiker\_innen, die Seenotrettung würde Refugees erst dazu bewegen, die Route über das Mittelmeer zu wählen. Deshalb und weil Italien nicht länger allein die Kosten der Rettungsmission tragen wollte, wurde *Mare Nostrum* 2014 durch die *Mission Triton* der EU-Grenzschutzagentur Frontex ersetzt. Das vorwiegende Ziel von *Triton* ist Grenzschutz und -kontrolle,

ihr Einsatzgebiet lag daher hauptsächlich vor der italienischen Küste. Schiffbrüchige vor der libyschen Küste zu suchen und zu retten, fiel damals nicht in ihre Zuständigkeit.

Die Zahl der Menschen, die sich auf den gefährlichen Weg über das Mittelmeer nach Europa machten, stieg 2015 stark an, weitere Unglücke auf See folgten. Zwischen 3027 und 3771 Menschen starben 2015 laut Schätzungen der IOM und UNHCR im Mittelmeer oder gelten als vermisst. Als Reaktion auf das Fehlen einer effizienten Such- und Rettungsmission entschlossen sich NGOs wie *Jugend Rettet*, selbst in der Seenotrettung aktiv zu werden.

## Zivile Seenotrettung

Seit Anfang 2017 waren neun NGOs im Mittelmeer aktiv – sowohl kleine wie *Jugend Rettet* oder *Sea Watch*, als auch große NGOs wie *Ärzte ohne Grenzen*. Sie finanzieren sich meist über private Spenden. Die Crews der Schiffe bestehen aus Freiwilligen, die abwechselnd für einige Wochen in See stechen. An Bord sind Ärzt\_innen, Techniker\_innen, Seeleute und Übersetzer\_innen. Oft sind auch Journalist\_innen mit dabei, um die Situation im Mittelmeer zu dokumentieren. Nach einer Einschulung geht es los. Die NGO-Schiffe fahren vor die libysche Küste und patrouillieren dort in internationalen Gewässern. „Mit der Erfahrung der letzten Jahre kann man abschätzen, wo die

meisten Schiffe in Seenot geraten. Wir patrouillieren dort, natürlich außerhalb der libyschen Hoheitsgewässer, und halten Ausschau nach Booten," erzählt Titus Molkenbur von *Jugend Rettet*. Gerettet werde aber ausschließlich auf Anweisung des *Maritime Rescue Coordination Center (MRCC)*. Das *MRCC* ist eine Leitstelle, die immer informiert wird, wenn ein Boot in Seenot gesichtet wird. Sie entscheidet, wer wann einen Rettungseinsatz durchführt und in welchen Hafen die Geretteten gebracht werden.

### Diffamierungskampagne gegen Retter\_innen

In den letzten Monaten ist das politische und mediale Klima gegenüber den Seenotretter\_innen wieder rauer geworden. Diese würden ein Grund sein, aus dem sich Refugees auf die gefährliche Überfahrt machen, oder gar direkt mit Schleppern zusammenarbeiten, lauten die Vorwürfe. Österreichs Außenminister Kurz bezeichnete das Engagement der zivilen Seenotretter\_innen als „NGO-Wahnsinn“ und warf ihnen vor, „Partner von Schleppern“ zu sein. Konkrete Beweise für eine Zusammenarbeit zwischen Schleppern und NGOs gab es selbstverständlich keine. Die NGOs betonten, sich an alle Gesetze, internationale Übereinkommen

und Behördenanweisungen zu halten. „Ich muss sagen, ich habe in meinen vier Wochen *Sea Watch* nicht mitbekommen, dass ein Anruf von Schleppern eingegangen wäre oder irgendwelche Lichtsignale gesendet worden wären“, erzählt Bartholomäus von Laffert, freier Journalist und Beobachter auf zwei Missionen der NGO *Sea Watch*, „wenn man mit den Helfer\_innen an Bord spricht, ist es Common Sense, dass sie im Mittelmeer sind, weil jemand die Menschen retten muss. Sie wären nicht traurig, wenn sie wüssten, die EU übernimmt den Job“. Zudem gibt es mittlerweile Studien, die zu dem Schluss kommen, dass die Anwesenheit von Rettungsbooten nicht im Zusammenhang mit steigenden Zahlen von Refugees steht.

Dennoch forderte die italienische Regierung im Juli 2017, dass alle NGOs einen „Verhaltenskodex“ unterzeichnen sollen, wenn sie weiterhin an Rettungsaktionen beteiligt sein möchten. Offenlegung der Finanzierung, Kooperation mit Behörden in der Schlepperbekämpfung und keine Einfahrt in libysche Hoheitsgewässer sind nur einige von elf Punkten, die laut NGOs bereits jetzt erfüllt werden. Auch Bartholomäus von Laffert hält die Vorgehensweise der italienischen Regierung für fragwürdig: „Es ist nachvollziehbar, dass

Italien sich überfordert fühlt. Das über einen Verhaltenskodex für NGOs zu regeln, verschiebt die Problematik aber auf etwas, das nicht relevant ist, das ist Teil der Diffamierungskampagne gegenüber den NGOs.“ Drei NGOs haben sich bisher geweigert, den Verhaltenskodex zu unterzeichnen, weil sie besorgt um ihre Unabhängigkeit und um die Effizienz der Rettungseinsätze sind, darunter auch *Jugend Rettet*. Kurz darauf wurde die *Iuventa*, das Schiff von *Jugend Rettet*, von italienischen Behörden beschlagnahmt und es wurden gegen einige Crewmitglieder Ermittlungen wegen Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt aufgenommen. *Jugend Rettet* weist die Vorwürfe entschieden zurück.

### Festung Europa

Die Lösung Europas für die gefährliche Fluchtroute über das Mittelmeer scheint Abschottung zu sein. Europäische Regierungen streben vor allem eine Zusammenarbeit mit Libyen, Niger und dem Tschad an, wo Asylverfahren künftig entschieden werden sollen – außerhalb der Europäischen Union. Dass diese Länder oft die Einhaltung der Menschenrechte für Asylsuchende nicht garantieren können, scheint dabei nebensächlich zu sein. Beispielsweise wurden in Libyen mehrfach Lager

dokumentiert, in denen Menschenhandel betrieben wird, Refugees zu Arbeit gezwungen, gefoltert und vergewaltigt werden. Trotzdem arbeitet Italien im Mittelmeer eng mit der libyschen Küstenwache zusammen. Als eine Folge dieser Zusammenarbeit haben sich kürzlich die meisten NGOs aus der *Search and Rescue Zone* vor der libyschen Küste zurückgezogen und ihre Rettungsmission unterbrochen. Nach mehreren Zwischenfällen mit der libyschen Küstenwache war die Situation für die Seenotretter\_innen zu gefährlich geworden. Titus Molkenbur sieht in der italienisch-libyschen Kooperation sogar eine mögliche Umgehung des Völkerrechts: „Gerettete nach Libyen zurückzubringen wäre für ein europäisches Schiff ein Verstoß gegen das *Non-Refoulement-Gebot* der Genfer Flüchtlingskonvention. Wenn aber die libysche Küstenwache die Menschen zurückbringt und die EU das finanziert, ist das kein Verstoß gegen das Völkerrecht.“ Ob nach dem Abzug der NGOs aus dem Mittelmeer weniger Refugees in Seenot geraten und wer in Zukunft die Verstöße gegen Völker- und Menschenrecht im Mittelmeer dokumentiert, ist fraglich. In den ersten acht Monaten dieses Jahres gelten bereits über 2400 Menschen im Mittelmeer als tot oder vermisst.

Die Sendung „Schiffbruch der Menschenrechte“ wurde am 1. August 2017 von Radio Orange 94,0 ausgestrahlt und ist im Sendungsarchiv unter [www.radiostimme.at](http://www.radiostimme.at) abrufbar.

**Julia Hofbauer** ist Redakteurin bei Radio Stimme.

## Wenn du träumst, träumst du dich als widerständiges Subjekt?

(Gustav: Soldatin oder Veteran)



**RADIO STIMME**  
DIE SENDUNG FÜR KOPFHÖRER\_INNEN  
SUCHT NEUE REDAKTEUR\_INNEN.

### INFOABENDE:

am 10. und 17. November 2017.

### NEUGIERIG?

Mehr Infos auf [www.radiostimme.at](http://www.radiostimme.at).

Anmeldung unter [radio.stimme@initiative.minderheiten.at](mailto:radio.stimme@initiative.minderheiten.at)



Nova godina 1992! Brčko

# Silvester 1991

## Über die Flüchtigkeit des Glücks

Normalerweise würde man dieses Foto nicht aufheben. Es ist sehr unscharf. Die abgebildeten Personen, dreizehn an der Zahl, sind lediglich in Umrissen erkennbar. Und dennoch sieht man auf den ersten Blick, dass es sich um Jugendliche handelt – durch ihre Körpersprache und die Art, wie sie vor der Kamera posieren: lässig und cool, stehend, sitzend oder liegend, alle einander haltend oder umarmend. Sie erwecken den Eindruck einer eingeschworenen Gemeinschaft, die gerade großen Spaß hat.

Das Foto wurde im Innenraum einer Wohnung aufgenommen: zum Jahreswechsel 1991/1992, in der nordbosnischen Stadt Brčko. Darauf verweist die Bildunterschrift „Nova godina 1992! Brčko“, die dem Foto handschriftlich beigefügt wurde. Aber auch das Foto selbst wurde nachträglich beschriftet, von Amila Islamović (verheiratete Širbegović), die zum Zeitpunkt der Aufnahme dreizehn Jahre alt war – zu sehen in der vierten Reihe, zweite von rechts. Amila Islamović stattete die in Umrissen erkennbaren Personen mit ihren Vornamen aus, um in der Zukunft zu wissen, wer abgelichtet worden war. Selbst Gegenstände wie der Fernseher, der Couchsessel und das Fenster im Hintergrund wurden gekennzeichnet. Vielleicht, um sich auch an vertraute Gegenstände und eine vertraute Umgebung erinnern zu können.

Das Foto ist Teil eines Albums, das Amila Islamović Mitte der 1990er Jahre zusammengestellt hat. Darin finden sich neben Fotografien aus ihrer Kindheit und Jugend im Brčko der 1980er und frühen 1990er Jahre auch Bilder aus Wien, das ab dem Frühjahr 1992 zu ihrem neuen Zuhause wurde. Aufgrund des bedrohlichen Kriegsverlaufs in Bosnien reiste Amila im April 1992 gemeinsam mit ihrer Mutter und ihrem jüngeren Bruder zu ihrem Vater, der schon seit einiger Zeit in Wien arbeitete. Geplant war ursprünglich ein zweiwöchiger Aufenthalt, daher kehrte Amilas Mutter zunächst ohne die Kinder zurück nach Brčko. Die Familie wollte den Kriegsverlauf in Bosnien beobachten und hoffte auf eine baldige Rückkehr auch der Kinder. Doch diese Hoffnung sollte sich schnell als unerfüllbar erweisen. Im April und Mai 1992 vertrieben serbische Einheiten die kroatischen und bosnischen Einwohner\_innen aus Brčko. Im Zuge der Einnahme der Stadt kam es zu Morden an der Zivilbevölkerung.

In Wien nutzte Amilas Vater die Wochenenden, um seinen Kindern die Stadt zu zeigen. Einige der Fotos im Album porträtierten Amila vor den Sehenswürdigkeiten Wiens: in Schönbrunn, im Prater, in der Spanischen Hofreitschule, vor dem Hundertwasserhaus. „Wir haben das ganze Programm gemacht,

während unten schon Leute gestorben sind“, erzählt Amila Širbegović rückblickend.<sup>[1]</sup> Die Bilder repräsentieren nicht nur typisch-touristische Wienmotive, sondern zeigen auch einen in den Kultmarken der 1990er Jahre gekleideten Teenager: Jeansjacke, Levis 501 und rote Converse-Schuhe. Viel mehr als noch einen Trainingsanzug und Tennisschläger hatte sie nicht mit auf die „Reise“ genommen.

Für Außenstehende verweist keines der im Album versammelten Bilder auf den großen biografischen Bruch, den das Jahr 1992 und mit ihm der Kriegsausbruch in Bosnien für Amila Islamović, ihre Familie und ihre Freund\_innen markieren sollte. Lediglich ein beschädigtes Foto auf der ersten Albumseite, das Amilas Klasse im Schuljahr 1990 zeigt, trägt direkte Spuren vom Krieg. Gemeinsam mit ein paar anderen Fotos wurde es von Freund\_innen der Familie Islamović aus ihrem zerstörten Haus gerettet und später an die nunmehr in Wien lebende Familie übergeben.

Mit dem Krieg ging nicht nur das Zuhause und somit ein Großteil der persönlichen Besitztümer und Erinnerungsgegenstände der Familie verloren. Der Krieg zerriss auch Amilas Clique auf dem eingangs beschriebenen Foto und verstreute die Freund\_innen auf verschiedene Länder und Kontinente. „Am meisten hat uns wehgetan, dass wir nicht mehr zusammen waren [...]. Dass da Krieg war, war natürlich schwer [...]. Aber am meisten haben wir gelitten, dass wir nicht zusammen sein konnten.“<sup>[2]</sup>

Via Briefe versuchten die Freund\_innen, einander zu finden und an die gewaltsam auseinander gerissenen Freundschaftsbande wieder anzuknüpfen. In den Briefen wurden nicht nur Informationen ausgetauscht, wie es geht und wer gerade wo lebt, sondern auch Erinnerungen, denn „keiner hatte viel mit“. Das vorliegende Foto bekam Amila zusammen mit ein paar weiteren von ihrer Freundin Zina zugeschickt, die ihre Fotos und die dazugehörigen Negative auf die Flucht, zunächst nach Kroatien und dann nach Australien, mitnehmen konnte. Sie fertigte Kopien an. Das Ergebnis brachte verschwommene Fotos, die dennoch verschickt wurden. Nicht wertlos, sondern zu kostbar waren die damit verbundenen Erinnerungen.

Das Foto „Nova godina 1992“ zeugt von der Flüchtigkeit und Kurzlebigkeit des Glücks: Silvester 1991, als die Zukunft für die Porträtierten in ihrer Heimatstadt noch voller hoffnungsfroher Versprechen war. Doch der Krieg legte sich wie ein Schleier über das Bild, einen ungetrübten Blick auf die Vergangenheit versagend.

Die Recherche zu diesem Text fand im Rahmen des Projektes „Fluchtpunkt Wien. Die jugoslawische Diaspora im Wien der 1990er Jahre“ für das Wien Museum statt.

<sup>[1]</sup> Gespräch mit Amila Širbegović, Wien am 2.2.2017.

<sup>[2]</sup> ebd.



Selbsthass & Emanzipation.  
Das Andere in der heterosexuellen Matrix.  
Von: Patsy L'Amour laLove (Hg.)  
Berlin: Querverlag 2016  
264 Seiten; EUR 16,90  
ISBN: 978-3-89656-246-3

Beißreflexe. Kritik an queerem Aktivismus,  
autoritären Sehnsüchten, Sprechverboten.  
Von: Patsy L'Amour laLove (Hg.)  
Berlin: Querverlag 2017  
272 Seiten; EUR 16,90  
ISBN: 978-3-89656-253-1

## Kritik ist nicht gleich Kritik

Innerhalb weniger Monate erschienen im Querverlag zwei Sammelbände, beide herausgegeben von Patsy L'Amour laLove. Um das eine Buch gab es heftige Streitereien, um das andere blieb es ziemlich still.

Beide Publikationen beinhalten verschiedene – wissenschaftliche wie essayistische – Textsorten, die das jeweilige Thema aus persönlicher oder unpersönlicher Sicht angehen und ihre Argumente mehr oder weniger nachvollziehbar darstellen. Die Beiträge in beiden Büchern verfolgen eher *single issue*-Ansätze (lesbisch, schwul, trans), als ihre tatsächliche Verwobenheit in einem ableistischen, rassistischen, klassistischen, les/bi/schwul-, trans- und interfeindlichen gesellschaftlichen Gefüge zu verhandeln. In beiden Publikationen ist es den Autor\_innen und Künstler\_innen freigestellt, ihre eigenen Sprachpolitiken (zumindest was Geschlechtermarkierungen anbelangt) zu verwenden.

Das medial heiß diskutierte *Beißreflexe* ist inhaltlich wie stilistisch größtenteils schlecht zusammengestellt und argumentiert, während *Selbsthass & Emanzipation* durchaus beachtenswerte Beiträge enthält, die neue Aspekte zum Thema des Buches einbringen und/oder Diskussionen anregen.

Da *Beißreflexe* bereits mehrfach rezensiert und über die Inhalte sowie die Herangehensweise schon alles gesagt und geschrieben wurde, konzentriere ich mich hier auf die im Vergleich bedeutendere Publikation *Selbsthass & Emanzipation*.

Mit *Selbsthass & Emanzipation* bzw. den einzelnen Beiträgen im Sammelband greift Patsy L'Amour laLove ein wichtiges Thema auf, das bisher noch wenig Aufmerksamkeit bekommen hat. Ziel des Buches ist es laut der Herausgeberin, sich über die Beschäftigung mit persönlichem und *community*-internem Selbsthass zu emanzipieren. Besonders hervorheben möchte ich – neben den persönlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema von etwa Polly Puller aka Lukas Winkler in *Keine Sorge, ich bin bi*, von fink in *Selbstbildnis im Fummel (unvollendet)* oder von Panne Pepper in *Birds of a Feather (Don't) Flock Together* – die Beiträge *Freiheit und Herrschaft* von Marco Ebert, *Angeboren oder sozial konstruiert?* von Till Amelung und *„Dreckshomo“ und „Queerikone“* von Daria Majewski.

Marco Ebert bietet eine Analyse der schwulen Online-Datingplattform *GayRomeo* als Instrument kapitalistischer Herrschaft. Mit konkreten Beispielen argumentiert er, wie sich kapitalistische Strukturen in alle Aspekte einer

Datingplattform einschreiben – vom Anmeldeprozess über die Auswahl- und Matching-Prozesse und die Kontaktaufnahme/n bis zum Sex und darüber hinaus. Das technische Design der Plattform ist durchwachsen von kapitalistischen Gesellschaftsnormen und Produktionslogiken. Insbesondere über die vorgegebenen (Selbst-)Kategorisierungen schaffen sich die User\_innen eine vermeintlich selbstbestimmte Identität, die ihr Verhalten über die Plattform hinaus auch in ihrem Alltag formt (etwa am Arbeitsplatz). Damit geht eine Normalisierung kapitalistischer Logiken einher, welche die kapitalistische Normalität weiterhin als normal erscheinen lässt – das Individuum wird bequem gemacht: „Die Träume der Menschen können wahr werden, weil diese Träume selbst keine transzendente Qualität mehr besitzen“ (S. 114)

Till Amelung macht das Spannungsfeld zwischen zwei gegensätzlichen Zugängen zu Trans\* auf, „Transgeschlechtlichkeit zwischen neurowissenschaftlichem Determinismus und queer-theoretischer Dekonstruktion“ lautet der Untertitel zu seinem Beitrag. Der neurowissenschaftliche Determinismus geht davon aus, dass sich nicht nur der Geschlechtskörper (Mann/Frau), sondern auch das entsprechende Geschlechterbild (*body map*) im Gehirn bereits vor der Geburt ausbildet. Stimmen diese beiden Aspekte nicht überein, wird von einem Leidensdruck gesprochen, der nur durch körperverändernde Eingriffe gelöst werden kann. Dem stellt Amelung den queer-theoretischen Ansatz gegenüber, der Geschlecht komplett dekonstruiert und als sprachliche Performance denkt. Beide Ansätze werden nachvollziehbar argumentiert und kritisch beleuchtet, sowohl theoretisch, aktivistisch wie mit persönlichen Erfahrungen unterlegt. Ein informativer und Diskussionen anregender Beitrag, der auch der Publikation *Beißreflexe* gutgetan hätte.

Daria Majewski schließlich fokussiert auf verbale Gewalt gegen Personen, die „als trans gelesen“ werden, also Menschen, die Transfeindlichkeit erfahren, ungeachtet ihrer eigenen Identität – denn Diskriminierung funktioniert vor allem über Zuschreibungen von außen. Damit wird der Blick auf die von Transfeindlichkeit betroffenen Personen geweitet: insbesondere (weibliche) Menschen, die als männlich

gelesen werden (etwa trans Frauen, Tunte, Sissys ...) sind mit Schimpfwörtern konfrontiert, die Majewski als „Dreckshomo“ zusammenfasst; demgegenüber sind (männliche) Menschen, die als weiblich gelesen werden (etwa trans Männer), mit Vergewaltigungsandrohungen konfrontiert. Wie Ameling bezieht sich auch Majewski kritisch auf queere Räume, insbesondere ihr Schutzversprechen, und schwule Räume mit ihrem Sexversprechen. Beide Räume werden von Majewski als im Grunde heterosexuelle, gewaltförmige Räume infrage gestellt. Die Autorin schlägt vor, zu streiten – „mit uns selbst, ... mit unserer Familie und unseren Freunden, ... mit unseren Politikern und der Gesellschaft“ (S. 191)

Auch Majewskis Beitrag wäre dem Wunsch nach (konstruktiver) Diskussion, wie er in *Beißreflexe* von der Herausgeberin formuliert wird, näher gekommen als die meisten hauptsächlich polemisch formulierten und holprig argumentierten Beiträge. Allerdings spricht Majewski einen wichtigen Aspekt der Debatte um queere (Schutz-)Räume nicht explizit an: jenen des Rassismus, Antisemitismus und – in queeren (Schutz-)Räumen kaum diskutiert – des Antisemitismus. Die Verwobenheiten von Geschlecht und Sexualität mit ethnizierenden, rassifizierenden, behindernden Zuschreibungen und Diskriminierungsstrukturen sowie ihr koloniales Erbe fehlen auch den anderen Beiträgen, wie auch Beiträge von und zu inter\*.

Das Buch *Beißreflexe* will nach eigenen Angaben eine (konstruktive) Diskussion rund um die teils heftigen Auseinandersetzungen in queeren und queer-feministischen Räumen beitragen. Dass es heftige Diskussionen ausgelöst hat, steht außer Frage. Leider machen aber die meisten Beiträge eher die eigenen *Beißreflexe* und (akademisch-)autoritären Ansprüche sichtbar, als dass sie zu einer (konstruktiven) Auseinandersetzung einladen würden – Kritik ist eben nicht gleich Kritik: Es benötigt ein differenziertes, skeptisch-neugieriges und respektvolles Verständnis von Kritik und ein damit einhergehendes Sprachhandeln, um in Diskussionen als förderliche, konstruktive Kritik zu funktionieren. ■

Person Perry Baumgartinger

## Kimchiiee und Konfitüüüere

Die Journalistin Vina Yun erzählt in mehreren von Comic-Künstlerinnen gestalteten Episoden die Migrationsgeschichte koreanischer Krankenschwestern, die in den 1970er Jahren von der Stadt Wien angeworben wurden. Entwickelt im Rahmen des Stipendiums "kültür gemma!" ist **Homestories** Jee Soo Yun – der Mutter der Autorin – gewidmet.

Seoul – Wien: *Homestories* beginnen im Jahr 2017 mit dem letzten Flug des Comics. Elf Stunden und dreißig Minuten für die Reise vom Heimatbesuch bis nach Hause. Elf Stunden und dreißig Minuten für Erinnerungen an Migration und Familie, Sehnsucht und Sprache, Erwartungen und Erfüllungen, Traditionen und Gewohnheiten, Liebe und andere Gefühle, Erinnerungen an Namen und Essen, an die 15-Bett-Säle und das Rauchen in Wiener Krankenhäusern.

In zwei Comicbänden und einem Plakat berührt und bewegt die Geschichte der von Österreich angeworbenen südkoreanischen Krankenschwestern und deren Nachfahren – der zweiten Generation. *Homestories* erzählt von erinnerten Erfahrungen und erfahrenen Erinnerungen, von geteilten Ängsten und angstvollen Teilungen, von ersten Freundschaften und Schwärmereien.

Seoul – Wien: Der chronologisch erste *Homestories*-Flug im Jahr 1972 dauerte 26 Stunden (wegen damaliger geopolitischer Situationen), hatte 50 südkoreanische

Krankenschwestern an Bord, einiges an gefühlter Einsamkeit und neue Bekanntschaften.

Selbstverständliches kann in der Migration nicht mehr stillschweigend vorausgesetzt werden. Alltagshandlungen wie Kochen werden zur Herausforderung, gilt es doch, die empfindlichen und ungeübten Nasen der Österreicher\_innen nicht allzu sehr zu reizen. Namen werden zu einer komplizierten Zumutung und der Einfachheit halber werden sie eingedeutscht.

Dann: Der Übergang von *Kimchiiee zu Konfitüüere* bei Gruppenportraits – in Gang gesetzte Episoden einer Kindheit und Jugend der zweiten Generation im zweiten Band von *Homestories*.

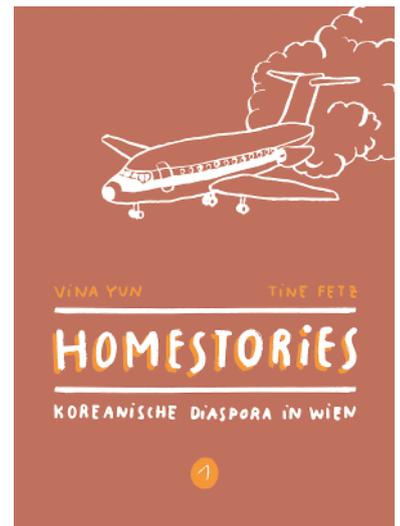
Wien – Seoul: Im Jahr 1990 hebt der Ferienflug der zweiten Generation ab. Die ersten Widerstände gegen diese von den Eltern verordnete Feriendestination lösen sich bei koreanischem Essen mit der Cousine und koreanischem Hip Hop schnell auf. In Wien kommen sich Erfahrungen und Träume, Wünsche und Erwartungen im Denken und Bedenken immer wieder in

die Quere. Doch DJ Mark Moore, die Stimme von Chris Lohner und Kimchi verleihen mit der Zeit Staubsaugern besondere Saugkraft für nachdrücklich Fremdblickende und Bäumen besonderes, wortwörtlich zu verstehendes Einbindungsvermögen von nach Wurzeln Fragen.

Die Lebensgeschichten der *Homestories* sind Geschichten unserer Gegenwart. Diese zwei Comicbände und das Plakat sind Bilder, in denen wir uns erkennen (können) und brauchen mehr als elf Stunden und 30 Minuten, um sie genussvoll zu erfassen, auch wenn sie schon beim ersten Lesen und Schauen fesselnd wirken. Schon lange hat mich die Erzählung einer Migrationsgeschichte nicht mehr so hinreißend mitgerissen und denkerisch beflügelt.

Und bitte das Plakat von Sunanda Mesquita aufklappen, gut sichtbar anbringen und den Blick zwischen Comic und Plakat beständig gleiten lassen.

Vlatka Frketic



Homestories. Koreanische Diaspora in Wien.  
Von: Vina Yun.  
Zeichnungen Heft 1: Tine Fetz; Heft 2: Patu und Moshtari Hilal; Poster: Sunanda Mesquita.  
40 bzw. 48 Seiten; EUR 20,-  
Wien: Eigenverlag 2017.  
Zu beziehen über:  
[homestoriesvienna@gmail.com](mailto:homestoriesvienna@gmail.com) oder  
[buchhandlung@chicklit.at](mailto:buchhandlung@chicklit.at)

## Zukunftsimpulse für einen modernen Konservatismus

Sie tritt für die Legalisierung von Marihuana ein, jubelt über den Bundestagsbeschluss für „Ehe für alle“ und ist überzeugtes CDU-Mitglied. In Ihrem ersten politischen Buch liefert Diana Kinnert Denkanstöße für eine moderne christliche Demokratie.

Diana Kinnert ist jung, weiblich und lesbisch. Geboren in Wuppertal in der industriellen Wiege der Bundesrepublik, liegen ihre Wurzeln in Polen und den Philippinen. Mit bereits 17 Jahren dauerte das Migrantenkind, der konservativen und stark männlich dominierten CDU beizutreten. Mittlerweile hat die hochmotivierte und dynamische Frau Berühmtheit über Parteigrenzen hinweg erlangt. Nach fast einem Jahrzehnt als CDU-Mitglied hat sie nun ihr erstes Buch veröffentlicht. Der Titel eine Prognose: „Für die Zukunft seh' ich schwarz“.

Im ersten Teil ihres Erstlingswerks beschreibt Kinnert die Anfänge ihrer politischen Karriere als Aktivistin. Getrieben von einer unbändigen Neugierde und dem Wunsch, die Gesellschaft aktiv mitzugestalten, tritt sie der CDU bei. Aber warum ausgerechnet CDU? Ihre Antwort: Da, wo die größten Reibungsflächen sind, kann am meisten modernisiert werden.

Wie wird man Teil einer der größ-

ten deutschen Volksparteien? Wie bringt man sich trotz jungen Alters effektiv ein? Die Autorin beschönigt nichts und benennt etliche Schwierigkeiten, denen sie am Anfang ihrer CDU-Mitgliedschaft begegnete. Anstatt sie als neues Parteimitglied willkommen zu heißen, wollte etwa der Ortsvorstehende der Wuppertaler Christdemokraten bei ihr drei Bier bestellen. Auch bei Veranstaltungen der Kaderschmiede der Jungen Union fällt auf, dass Kinnert der sogenannte Stallgeruch fehlt. Die Jugendlichen machen kein Hehl daraus, lieber unter sich bleiben zu wollen.

Doch aufgrund ihrer hohen Motivation und Ausdauer schafft Diana Kinnert den Vorstoß bis ins Epizentrum der Macht und steigt zur Büroleiterin des mittlerweile verstorbenen Vizepräsidenten des Bundestages Peter Hintze auf.

In der zweiten Buchhälfte beschreibt die Autorin, wie sie zu bestimmten Themenfeldern der Politik – wie zum Beispiel der kontroversen Leitkultur-Debatte – steht.

Unter Kapitelüberschriften wie „Bitte die Unruhe bewahren! Warum Deutschland wieder innovativer werden muss“, „Grenzen bleiben Grenzen. Wie die Globalisierung die Spielregeln verändert“ oder „Diverse Leitkultur. Eine Verteidigung der Parallelgesellschaft“ liefert Kinnert einen differenzierten Blick auf brisante Themen. Trotz ihrer Weltoffenheit betreibt sie aber keine Schönrederei, benennt die Probleme und fordert Lösungsansätze. Während der konservative Flügel ihrer Partei über das Ergebnis der „Ehe für Alle“-Abstimmung nicht besonders glücklich war, twitterte sie fröhlich: „Ich bin jetzt *Wifey Material*“.

Die unbändige Motivation Kinnerts, Politik zu gestalten, macht Lust auf politische Partizipation. Ihre Geschichte zeigt, dass sich jede und jeder Einzelne an der Gestaltung der Gesellschaft aktiv beteiligen kann.

Diana Kinnert liefert Zukunftsimpulse; nicht nur für die CDU, sondern parteiübergreifend.

Zsaklin Diana Macumba



Für die Zukunft sehe ich schwarz.  
Plädoyer für einen modernen Konservatismus.  
Von: Diana Kinnert.  
Hamburg: rororo 2016  
208 Seiten; EUR 9,99  
ISBN: 978-3-499-63237-2

# stimme 105 >>

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

## 25 Jahre nach dem Bosnienkrieg

Infolge des kriegerischen Zerfalls Jugoslawiens in den 1990er Jahren waren Hunderttausende zur Flucht gezwungen. Mit rund 115.000 Geflüchteten war das Nachbarland Österreich – insbesondere Wien – ein sehr wichtiger Fluchtpunkt. 25 Jahre nach Kriegsbeginn in Bosnien widmen wir das nächste Stimme-Heft den Biografien der Geflüchteten. Im Mittelpunkt sollen die Erfahrungen und Erinnerungen jener Menschen stehen, die als Kinder und Jugendliche nach Österreich flüchten mussten.

# stimme

Zeitschrift der Initiative Minderheiten

## Abonnieren!

Die **stimme** erscheint seit 1991 als einzige minderheitenübergreifende Zeitschrift in Österreich. Seit über 25 Jahren informieren wir über die Anliegen und Forderungen der minorisierten Gruppen, diskutieren die Entwicklungen in der Minderheitenpolitik und treten für die Bildung von minoritären Allianzen ein.

Die **stimme** wird regelmäßig an rund 4000 Personen und Einrichtungen versandt. Knapp 300 davon sind zahlende AbonnentInnen.

Ein **stimme**-Jahresabo kostet nur 20 Euro. Als Mitglied der Initiative Minderheiten bekommen Sie die **stimme** kostenlos.

Abonnieren Sie die **stimme** – schicken Sie uns ein E-Mail an: [office@initiative.minderheiten.at](mailto:office@initiative.minderheiten.at)

Auf ein Wiederlesen!

Ich möchte ein **stimme**-Jahres-Abo bestellen

Ich möchte Mitglied der Initiative Minderheiten werden

Ich möchte ein **stimme**-Zweijahres-Abo bestellen

Ich möchte förderndes Mitglied der Initiative Minderheiten werden

Vorname(n):

Jahresabonnement (vier Hefte) inkl. Versand:

Inland EUR 20,- | Ausland EUR 30,-

Zweijahresabonnement: Inland EUR 38,-

Ausland EUR 58,- | Mitgliedschaft: EUR 25,-

Fördernde Mitgliedschaft: ab EUR 100,-

Nachname(n):

Adresse:

Aboverwaltung: Ebru Uzun

Tel. & Fax: (+43 1) 9669001

[abo@initiative.minderheiten.at](mailto:abo@initiative.minderheiten.at)

[www.initiative.minderheiten.at](http://www.initiative.minderheiten.at)

[www.zeitschrift-stimme.at](http://www.zeitschrift-stimme.at)

E-Mail:

# Auf gute Machbarschaft!

Alles da für's Beet,  
außer einem  
grünen Daumen?  
**Mit dem Nachbar  
wird's machbar.**



## **GEMEINSAM GARTELN MACHT EINFACH SPASS!**

Gerade in einer Großstadt wie Wien ist es wichtig, dass durch Grätzloasen und Urban Gardening Menschen zusammen wachsen können. Wie Sie mehr Grün in Ihr Grätzl bringen können, erfahren Sie unter: [www.urbanesgarteln.wien.at](http://www.urbanesgarteln.wien.at) und wenn Sie auch innerhalb ihrer 4 Wände auf Ökologie achten, informieren Sie die Energieberatungsstellen wie Sie die Umwelt und auch Ihre Geldbörse schonen: [www.energieberatung.wien.at](http://www.energieberatung.wien.at)



» nächste **stimme** erscheint im Dezember 2017

Erscheinungsort: Wien | Verlagspostamt: 1060 Wien | P.b.b. | Initiative Minderheiten | Stimme Nr. 104 | Aufgabepostamt: 1239 Wien | Zulassungsnummer: SP 02Z031717 S  
Österreichische Post AG/Sponsoring Post | Rücksendeadresse: Initiative Minderheiten, Gumpendorferstraße 15/13, 1060 Wien | ISSN: 2306-9287

**BUNDESKANZLERAMT**  **ÖSTERREICH**

KUNST

**BMB**  
Bundesministerium  
für Bildung

**bmwfi**  
Bundesministerium für  
Wirtschaft, Familie und Jugend

**WIEN**  
**KULTUR**

**kultur**  
burgenland

  
**tirol**  
Unser Land